



9. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Gremium: Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 19.05.2015, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.04.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
Die Niederschrift vom 21.04.2015 wird nachgereicht.
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium
- 4 Jahresbericht Chancengleichheit 2013/2014 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
15/SVV/0111
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 5 Report des Beauftragten für Menschen mit Behinderung
15/SVV/0329
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Synergieeffekte beim Unterricht "Deutsch als Fremdsprache"
15/SVV/0310
Fraktion CDU/ANW
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Stand der Prüfung der Einrichtung eines Kindergesundheitshauses für Potsdam
15/SVV/0345
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 8 Sonstiges

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	nicht entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	entschuldigt

Gäste:

Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Magdolna Grasnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Banoho	Soziale Stadt Potsdam
Frau Sara Greger	Diakonisches Werk Potsdam
Frau Carol Wiener	Internationaler Bund
Frau Frederike Hoffmann	Internationaler Bund
Herr Fabian Dübner	Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung
Herr Frank Thomann	Jobcenter Potsdam
Frau Ilona Stechow	Kultur Potsdam
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.03.2015 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium
- 4 Vorstellung der Arbeit in den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge durch
die jeweiligen Träger
- 4.1 Vorstellung der Arbeit des Vereins Soziales Stadt Potsdam
- 4.2 Vorstellung der Arbeit des Diakonischen Werkes Potsdam
- 4.3 Vorstellung der Arbeit des Internationalen Bundes Potsdam
- 4.4 Vorstellung der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt Potsdam

- 5 Vorstellung des zukünftigen Umgangs mit gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit und Integration in Ausbildung/Beruf/Arbeit für Asylbewerber
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenter Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0203
Fraktion DIE LINKE
- 6.2 Förderung - Kultur Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0226
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Birgit Morgenroth.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.03.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Morgenroth stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Abstimmung zur Niederschrift vom 17.03.2015

Frau Schulze weist darauf hin, dass die zugesagten Anlagen nicht mit der Niederschrift ausgereicht wurden.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass diese zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten im Ratsinformationssystem zu finden sind.

Des Weiteren erinnert Frau Schulze daran, dass die Verteilung der Integrationsmittel in der heutigen Sitzung nochmal thematisiert werden sollte. Dies ist nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass es dazu eine Information der Verwaltung geben wird. Es muss ein Verfahren entwickelt werden, wie die Mittel ausgereicht werden. Dazu wird es eine Verwaltungsvereinbarung geben.

Sie bittet darum, dass konkrete Fragestellungen dazu an die Verwaltung gerichtet werden, um diese dann auch beantworten zu können.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Frau Morgenroth die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 4

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Morgenroth teilt mit, dass zum Antrag 15/SVV/0226 „Förderung Kultur Potsdam“ (TOP 6.2) ein Antrag auf Rederecht für Frau Stechow vorliegt. Sie bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Anschließend stellt Frau Morgenroth die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Informationen der Verwaltung

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass bis zur 17. Kalenderwoche 2015 in der Landeshauptstadt Potsdam 211 **Flüchtlinge aufgenommen** werden mussten. Bisher wurden in diesem Jahr bereits 289 Flüchtlinge aufgenommen. Damit ist Potsdam dem Aufnahmesoll etwas voraus.

Des Weiteren teilt sie mit, dass der Standort auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache Mitte Mai 2015 aufgegeben wird. Die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft ziehen dann in die neue Einrichtung in der Pirschheide um.

Frau Müller-Preinesberger erinnert daran, dass am 27.04.2015 um 18:30 Uhr in der Sporthalle der Grundschule „Karl-Foerster-Grundschule“ und am 28.04.2015 um 18:00 Uhr in der Mensa der Sportschule „Friedrich Ludwig Jahn“ jeweils die zweite Informationsveranstaltung für die Anwohner stattfindet.

Auf der Veranstaltung wird auch der Träger der beiden Einrichtungen, der Internationale Bund vorgestellt.

Frau Schulze bittet um Aufnahme in das Protokoll, dass die Einrichtung in der David Gilly-Straße eine Kapazität von 50 Plätzen + 10 Notplätzen hat. Dies wird von Frau Müller-Preinesberger so bestätigt. Ziel ist der Landeshauptstadt Potsdam ist es, die Unterbringung in Turnhallen zu vermeiden.

Auf Nachfrage von Herrn Buchheim bestätigt Frau Müller-Preinesberger, dass die Container auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache nach dem Auszug der Flüchtlinge abgebaut werden. Der Standort wird wie ursprünglich geplant aufgegeben.

Bezug nehmend auf die Ausreichung der Mittel für die **Integration von Flüchtlingen im Quartier**, fragt Frau Schulze, wie viele Leistungsvereinbarungen dazu bisher abgeschlossen wurden.

Herr Jekel erklärt, dass es bisher Abschlagszahlungen gegeben hat. Die Zahlungen erfolgen an die Vernetzungsstellen in den Stadtteilen. Mit der Allianz

am Schlaatz besteht eine Leistungsvereinbarung.

Frau Schulze fragt, was mit den nicht verbrauchten Mitteln geschieht.

Herr Jekel betont, dass davon ausgegangen wird, dass diese Mittel ausgereicht werden.

Frau Schulze fragt, ob auch Ehrenamtler, die Flüchtlinge in Wohnungen betreuen, eine Möglichkeit haben, diese Mittel zu beantragen.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass diese Mittel für Veranstaltungen oder Projekte sind, die der Integration der Flüchtlinge in das Quartier dienen. Die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit aus diesen Mitteln ist nicht vorgesehen.

Frau Morgenroth regt an, dies im Herbst erneut aufzurufen, da bis dahin bereits Erfahrungen gesammelt werden konnten.

Anschließend informiert Frau Müller-Preinesberger, dass die Verwaltung derzeit prüft, die **Psychiatriekoordination** sowie die Erarbeitung des Psychriatriekonzeptes mit externer Begleitung durchzuführen. Hierbei wird auch die Möglichkeit des Einsatzes von Projektmitteln geprüft. Dies ist erforderlich, da es Frau Linke aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, diese Aufgabe zu übernehmen.

Frau Eifler begrüßt die Lösungssuche und fragt nach einer Zeitschiene.

Frau Morgenroth schlägt vor, das Thema in einer der nächsten Sitzungen erneut aufzurufen.

zu 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium

Herr Garfert berichtet über die Sitzung des **Migrantenbeirates** vom 26.03.2015. Der Migrantenbeirat hat sich in dieser Sitzung mit den Sanktionen des Jobcenters Potsdam gegenüber Flüchtlingen befasst. Zu diesem Thema hat auch Herr Bindheim an der Sitzung teilgenommen.

Der Migrantenbeirat hat sich mit Herrn Christoph Richter zur Hilfe für Flüchtlinge mit Behinderung verständigt. Weitere Gespräche dazu wird es auch mit dem Fachbereich Soziales und Gesundheit geben, hier insbesondere zu pflegebedürftigen Flüchtlingen.

Ein weiteres Thema im Migrantenbeirat ist die Vorbereitung der Interkulturellen Woche.

Frau Einbeck bekundet ihr Interesse an einer Zusammenarbeit des Behindertenbeirates mit dem Migrantenbeirat zum Thema Flüchtlinge mit Behinderung.

Frau Grasnick informiert, dass das **Inklusionsgremium** am 14.04.2015 getagt hat. Es wurde der Stand der Umsetzung der 59 priorisierten Maßnahmen besprochen. Im Haushalt des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt sind 20.000 Euro für Inklusionsmaßnahmen eingestellt. Diese Mittel sollen dafür eingesetzt werden, dass potsdam.de auch in leichter Sprache erscheint. Es sollen Fortbildungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur leichten Sprache sowie dem Umgang mit verständlicher Sprache durchgeführt werden. Ein wichtiges Thema ist auch der Bescheid-Erlass in leichter Sprache bei

Beibehaltung der Rechtsverbindlichkeit. Es können auch weitere Vorschläge zur Einsetzung der zur Verfügung stehenden Mittel eingebracht werden. Die nächste Sitzung des Inklusionsgremiums findet am 13.10.2015 statt.

Frau Morgenroth macht deutlich, dass die Kosten für die einzelnen Maßnahmen nicht konkret bekannt sind.

Frau Schulze bittet Frau Grasnick um Information, wenn noch Mittel zur Verfügung stehen.

Frau Einbeck berichtet, dass der **Beirat für Menschen mit Behinderung** die bisher bekannten Themen weiter bearbeitet. Die barrierefreie Kommunikation soll schrittweise umgesetzt werden. Sie regt an, dass Behindertenbeirat und Migrantenbeirat zum Thema Flüchtlinge mit Behinderung zusammenarbeiten.

zu 4 Vorstellung der Arbeit in den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge durch die jeweiligen Träger

zu 4.1 Vorstellung der Arbeit des Vereins Soziales Stadt Potsdam

Herr Banoho (Leiter des Wohnungsverbundes Staudenhof) stellt die Arbeit im Wohnungsverbund Staudenhof vor. Der Wohnungsverbund hat 50 Bewohner. Durch den Verein Soziale Stadt wird der „aktive“ Flüchtling gefördert. Mit Unterstützung der Fachhochschule sollen die Bewohner des Wohnungsverbundes mit den anderen Bewohnern im Staudenhof zusammengebracht werden.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass durch den Verein Soziale Stadt neben dem Wohnungsverbund im Staudenhof noch die Wohnung in der Hegelallee mit 13 Plätzen für besonders schutzbedürftige Frauen betreibt.

zu 4.2 Vorstellung der Arbeit des Diakonischen Werkes Potsdam

Frau Greger teilt mit, dass sie seit Januar 2015 Leiterin der Gemeinschaftsunterkunft am Schlaatz ist. In der Gemeinschaftsunterkunft leben mit einer Kapazität von 180 Plätzen zurzeit 176 Bewohner, darunter 16 Familien mit insgesamt 58 Kindern.

Es gibt 70 Wohnungen, die auf fünf Etagen des Hauses verteilt sind. Jede Wohnung ist mit einem eigenen Bad ausgestattet. Im Kellergeschoss befinden sich die Gemeinschaftsräume.

Die Betreuung der Bewohner erfolgt durch fünf Sozialarbeiter/-innen mit insgesamt 3,5 Stellenanteilen. Des Weiteren gibt es viele ehrenamtliche Helfer und Helferinnen, die z.B. die Hausaufgabenbetreuung für die Kinder übernehmen.

Frau Greger macht auf die gute Vernetzung der Gemeinschaftsunterkunft mit anderen am Schlaatz tätigen Träger aufmerksam. Es gibt auch eine Vernetzung zwischen den Leitern der Gemeinschaftsunterkünfte und Wohnungsverbünde.

Sie berichtet, dass derzeit in der Einrichtung die Themen Gewalt und Hausreinigung eine große Rolle spielen. Die Hausreinigung erfolgt über gemeinnützige zusätzliche Arbeit.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Kwapis, warum keine professionelle Hausreinigung erfolgt, verweist Frau Greger auf die fehlenden finanziellen Mittel.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass es auch in Wohnhäusern üblich ist, dass die Hausreinigung durch die Bewohner erfolgt. Professionelle Reinigungsdienste sind für die Gemeinschaftsunterkünfte nicht vorgesehen.

Das Problem der Schädlingsbekämpfung war bisher in der Verwaltung nicht bekannt.

Die Frage zur Zahl der Notplätze kann von Frau Greger spontan nicht beantwortet werden.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass für die Personen, die sich lediglich eine Nacht im Monat in der Gemeinschaftsunterkunft aufhalten, lediglich ein Bett zur Verfügung gestellt wird. Dieser Personenkreis hat kein eigenes Zimmer. Es gibt derzeit ca. 25 Notbetten in der Gemeinschaftsunterkunft am Schlaatz.

Frau Schulze fragt, ob es derzeit Probleme im Zusammenhang mit Erstaufnahmegesprächen in der Ausländerbehörde gibt. Sie hat gehört, dass es hier zu Termenschwierigkeiten gekommen sein soll, dass die erforderlichen Dolmetscher nicht schnell genug zur Verfügung stehen.

Dieses Problem ist nicht bekannt.

zu 4.3 Vorstellung der Arbeit des Internationalen Bundes Potsdam

Frau Hoffmann (Leiterin Gemeinschaftsunterkünfte des IB) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Gemeinschaftsunterkünfte sowie die Arbeit mit Asylsuchenden und Flüchtlingen vor. Durch den Internationalen Bund (IB) werden die Wohnungsverbände Haeckelstraße und Grotrianstraße sowie die Gemeinschaftsunterkünfte in der Dortustraße und auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache betrieben. Sie stellt die Angebote im Rahmen der sozialpädagogischen Betreuung und Beratung vor und verweist hierbei auch auf personelle Situation und die organisatorischen Rahmenbedingungen.

Frau Hoffmann weist darauf hin, dass am 25.04.2015, 14:00 Uhr der Integrationsgarten in der Grotrianstraße eröffnet wird.

Abschließend teilt sie mit, dass der Internationale Bund mit Beschluss des Hauptausschusses vom 15.04.2015 auch Träger der Gemeinschaftsunterkünfte in der David-Gilly-Straße und der Pirschheide ist.

zu 4.4 Vorstellung der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt Potsdam

Frau Basekow informiert, dass am 19.01.2015 die ersten Bewohner in die Gemeinschaftsunterkunft im Lerchensteig gezogen sind. Die Gemeinschaftsunterkunft hat eine Kapazität von 171 Plätzen + 29 Notplätzen. Die Unterbringung erfolgt in Dreiraum-Wohnungen. Den Bewohnern steht neben dem Wohnraum mehrere Nebengebäude und Gemeinschaftsräume zur Verfügung. Die Betreuung erfolgt mit einem Personalschlüssel von 1:60. Ein sehr wichtiges Thema ist das Erlernen der deutschen Sprache sowie die Begleitung von Kindern in Schulen und Kitas. Mit dem Jobcenter muss eine enge Zusammenarbeit bezüglich der Sanktionen erfolgen, da es oft aufgrund der Sprachprobleme zu Missverständnissen kommt.

Sie berichtet, dass die Einrichtung bestrebt ist, eine eigene Fußballmannschaft aufzustellen. Dazu gibt es bereits Kontakte mit dem Volkspark.

zu 5 Vorstellung des zukünftigen Umgangs mit gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit und Integration in Ausbildung/Beruf/Arbeit für Asylbewerber

Herr Dübner (Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den zukünftigen Umgang mit gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit und Integration von Asylbewerbern in Ausbildung, Beruf bzw. Arbeit vor. Er geht dabei zunächst auf die aktuellen Rahmenbedingungen ein und erläutert dann die Zielstellung. Anschließend geht er näher auf die Projekte „Jugend stärken im Quartier“ und „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ ein.

Danach erläutert er die einzelnen Handlungsschritte und macht deutlich, dass die dazu zu erarbeitende Richtlinie nach Fertigstellung dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion vorgestellt wird.

Auf Nachfrage von Frau Basekow erklärt er, dass die Richtlinie durch die Arbeitsgruppe Asyl im Fachbereich Soziales und Gesundheit zusammen mit dem Koordinator für Flüchtlingsfragen erarbeitet wird.

In diesem Zusammenhang meldet sich ein Gast – ein Bewohner des Staudenhofes - zu Wort, dem mit einstimmiger Zustimmung das Rederecht erteilt wird. Er betont, dass die Projekte für Arbeit für Flüchtlinge sehr wichtig sind und fragt nach, ob auch Flüchtlinge mit einer akademischen Ausbildung Angebote erhalten. Er weist darauf hin, dass für Flüchtlinge die Erlangung einer Zulassung für die Universität schwierig ist.

Herr Dübner erklärt daraufhin, dass für die Projekte jetzt auch Akademiker berücksichtigt werden können.

Frau Eisenblätter fragt nach einem Beschäftigungsangebot für Flüchtlinge. Daraufhin erklärt Herr Dübner, dass diesbezüglich derzeit der Bedarf geprüft wird.

Frau Grasnack lobt die derzeitige Entwicklung und macht deutlich, dass hier auch der Deutschunterricht ganz wichtig ist.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass alle Flüchtlinge nach Ankunft einen Deutschkurs bekommen. Sie macht dabei deutlich, dass das BAMF hier aber auch unterstützen muss.

Frau Morgenroth schlägt vor, das Thema im August oder September 2015 erneut aufzurufen und über den dann aktuellen Stand zu berichten.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenter Potsdam

Vorlage: 15/SVV/0203

Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze fragt, ob die Trägerversammlung den Haushalt 2015 des Jobcenters beschlossen hat.

Herr Thomann (Geschäftsführer Jobcenter Potsdam) teilt mit, dass der Haushalt beschlossen und in Kraft getreten ist. Das Arbeitsmarktprogramm soll Ende April 2015 fertig gestellt sein. Die Zielgruppenmatrix wurde den Mitarbeitern zur Verfügung gestellt und wird über die Internetseite der Agentur für Arbeit abrufbar sein. Auf der Seite der Landeshauptstadt Potsdam wird sie unter „Wirtschaft und Arbeit“ in ca. zwei Wochen zu sehen sein.

Frau Morgenroth fragt, welche Relevanz das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm für die Stadtverordneten hat.

Daraufhin erklärt Herr Thomann, dass die Informationen sehr interessant sind. Diese sind nach Zielgruppen und besonderen Problematiken sortiert.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.
Frau Schulze spricht dagegen.

Herr Schubert macht deutlich, dass der Antrag in der Stadtverordnetenversammlung zurückgezogen werden kann, wenn der Bericht bis dahin über das Internet veröffentlicht ist.

Frau Morgenroth stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister trägt dafür Sorge, dass das durch die Trägerversammlung des Jobcenter Potsdam jährlich beschlossenen Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm beginnend im Jahr 2015 jeweils in dem Monat nach seiner Beschlussfassung durch die Trägerversammlung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam zur Kenntnis gegeben wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 6.2 Förderung - Kultur Potsdam

Vorlage: 15/SVV/0226

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Zunächst nimmt Frau Stechow ihr Rederecht wahr. Sie macht deutlich, dass es sich um einen ehrenamtlich arbeitenden Verein handelt, der seit zwei Jahren arbeitet. Sie selbst ist seit einem Jahr ehrenamtlich für den Verein tätig. Seit Kurzem ist auch „Kids Kultur“ als besonderes Angebot hinzugekommen. Sie bittet um Unterstützung des Projektes und Finanzierung einer festen Stelle.

Anschließend bringt Frau Eisenblätter den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Jekel (FB Soziales und Gesundheit) stellt fest, dass hier ehrenamtliches Engagement professionalisiert werden soll.

Er weist darauf hin, dass die Förderung von Projekten durch den Fachbereich Soziales und Gesundheit auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgender Angebote erfolgt. Um eine Förderung erhalten zu können, muss bis zum 30.06. des Vorjahres ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und Verwaltung erstellt die Liste mit Förderfähigen Projekten, die dann im GSI-Ausschuss beraten und anschließend beschlossen wird.

Eine institutionelle Förderung ist auf der Grundlage der Richtlinie nicht möglich.

Herr Schubert macht darauf aufmerksam, dass die in der Begründung des Antrages ausgewiesene Haushaltsstelle sehr risikobehaftet ist. So könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass das Projekt unterstützenswert ist. Für die Finanzierung einer festen Stelle besteht im Fachbereich Soziales und Gesundheit keine Möglichkeit. Sie weist darauf hin, dass der Haushalt 2015/2016 bereits beschlossen ist.

Frau Morgenroth fragt, warum ein ehrenamtliches Projekt jetzt in ein professionelles Projekt umgewandelt werden soll. Sie schlägt vor, vor einer Finanzierung eine Evaluation durchzuführen.

Frau Eisenblätter erklärt, dass die Studentinnen, die die Arbeit derzeit ehrenamtlich durchführen, nach Beendigung ihres Studiums nicht mehr zur Verfügung stehen, da sie dann in den Beruf gehen.

Herr Schubert weist darauf hin, dass sich der Haushalt 2015/2016 bereits bei der Kommunalaufsicht im Genehmigungsverfahren befindet. Er empfiehlt, den Antrag zurückzustellen und im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft sowie im Finanzausschuss zu beraten. Mit einem Beschluss des vorliegenden Antrages wird „Kultur“ etwas suggeriert, was nicht gehalten werden kann.

Frau Schulze ergänzt, dass die angestrebte Förderung auch in der Höhe nicht erfolgen kann.

Frau Eisenblätter stellt den Antrag zurück mit der Empfehlung, diesen im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft sowie im Finanzausschuss zu beraten.

zu 7 Sonstiges

Nächster GSI-Ausschuss: 19. Mai 2015, 18:00 Uhr

**Birgit Morgenroth
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0111

Betreff:

öffentlich

Jahresbericht Chancengleichheit 2013/2014 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt

bezüglich

DS Nr.:

Erstellungsdatum 05.02.2015

Eingang 922:

Einreicher: Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.03.2015

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Jahresbericht der Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt „Chancengleichheit 2013/2014“.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Büro für
Chancengleichheit
und Vielfalt

CHANCENGLEICHHEIT

**2013-
2014**

Die Vielfalt des Alltags macht unsere Welt bunt...
Potsdam
CHANCENGLEICHHEIT

IMPRESSUM

„Chancengleichheit und Vielfalt 2013/2014“

Herausgeber: Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Verantwortlich: Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Magdolna Grasnack,
Martina Trauth-Koschnick
Christoph Richter

Redaktionsschluss: 27. Januar 2015

Druck: Landeshauptstadt Potsdam

Inhaltsverzeichnis

1. BEGRÜßUNG	2
2. DAS TEAM DES BÜROS FÜR CHANCENGLEICHHEIT UND VIELFALT	3
3. MODERNE BEAUFTRAGTENARBEIT IN DER LANDESHAUPTSTADT POTSDAM	4
4. LEITLINIEN MODERNER BEAUFTRAGTENARBEIT	7
5. PRESSEARBEIT, HOMEPAGE, ERREICHBARKEIT	8
6. VERANSTALTUNGEN	9
7. AKTIONSTAGE	12
8. AUSSTELLUNGEN	16
9. FACHTAGUNGEN UND FACHFOREN	18
10. ARBEITSKREISE	21
11. NETZWERKARBEIT / GREMIEN	22
12. UMSETZUNG INTEGRATIONSKONZEPT	27
13. UMSETZUNG LOKALER TEILHABEPLAN	29
14. POLITISCHE ZUSAMMENARBEIT	31
15. MITWIRKUNG BEI ARBEITSVORHABEN DER VERWALTUNG	32
16. VERÖFFENTLICHUNGEN	36
17. INTERNE GLEICHSTELLUNGSARBEIT	37
18. PROJEKTE ZUR FÖRDERUNG DER CHANCENGLEICHHEIT	38

1. BEGRÜßUNG

Sehr geehrte Stadtverordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Ihnen den Bericht „*Chancengleichheit und Vielfalt 2013/2014 in der Landeshauptstadt Potsdam*“ vorstellen zu dürfen. Durch Internationalisierung, Globalisierung und den fortschreitenden demografischen Wandel muss sich die Stadtverwaltung stärker als bisher nach innen für ihre Mitarbeitenden als auch nach außen für ihre Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von ihrer Herkunft, öffnen und wichtige Werte wie Chancengleichheit und Gleichberechtigung stärken und fördern. Dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt kommt bei der Gestaltung einer wachsenden und vielfältigen Stadtgesellschaft eine wichtige Rolle zu und es unterstützt die Landeshauptstadt auf ihrem Weg zu einer vielfältigen, chancengerechten und inklusiven Landeshauptstadt. Dieser Prozess erfordert eine moderne Beauftragtenarbeit, die Kommunikations- und Partizipationsprozesse in der Landeshauptstadt anstößt und die Entwicklung von inklusiven Strategien und nachhaltigen Veränderungsprozessen ermöglicht.

Mit dem vorliegenden Bericht wollen wir Beauftragte des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt den Mitgliedern der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung sowie allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern unsere Arbeit fundiert und so transparent wie möglich aufzeigen. Erstmalig stellen wir Ihnen unsere neu entwickelten Leitlinien für eine moderne Beauftragtenarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam vor. Außerdem können Sie erfahren, wo im Jahr 2013/2014 unsere Schwerpunkte lagen, wie unsere Öffentlichkeitsarbeit aussah, welche Veranstaltungen wir selbst initiiert oder an welchen wir mitgewirkt haben und wer unsere Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner waren.

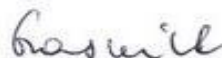
Chancengleichheit und Vielfalt stehen für unsere Arbeitskultur als Beauftragte der Landeshauptstadt Potsdam. Chancengleichheit und Vielfalt stehen aber auch und insbesondere für eine anspruchsvolle und übergreifende Arbeitsmethode, die sich an der Selbstbestimmung und Menschenwürde sowie an der Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner orientiert. Wir bedanken uns bei allen, die unsere Arbeit unterstützt und sich damit für mehr Chancengleichheit und Vielfalt in der Landeshauptstadt Potsdam eingesetzt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Beauftragten aus dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt



Martina Trauth-Koschnick



Magdolna Grasnick



Christoph Richter

2. DAS TEAM DES BÜROS FÜR CHANCENGLEICHHEIT UND VIELFALT

Im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt sind der Beauftragte für Menschen mit Behinderung *Christoph Richter*, die Beauftragte für Migration und Integration *Magdolna Grasnick* sowie die Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt *Martina Trauth-Koschnick* angesiedelt. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung *Christoph Richter* hat am 1. August 2013 sein Amt begonnen. Unterstützt werden die Beauftragten durch die Mitarbeiterin für Büro- und Projektorganisation, *Gabriela Schwentke*. Im Juli 2014 wurde die Sachbearbeitungsstelle zur Unterstützung des Migrantenbeirates im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt angesiedelt. Weiterhin wird das Team durch PraktikantInnen, Studierende, Auszubildende und weitere zeitlich befristete Stellen begleitet.



Den rechtlichen Rahmen für die Arbeit der Beauftragten bilden das Brandenburgische Landesgleichstellungsgesetz (LGG), die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (§§ 18,19), sowie die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam (§§ 5,7,9).

3. MODERNE BEAUFTRAGTENARBEIT IN DER LANDESHAUPTSTADT POTSDAM

Die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten, der Beauftragten für Integration und Migration sowie des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Potsdam hat sich in den vergangenen Jahren stark geändert. Integration und Zuwanderung, demografischer Wandel, Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik durch die UN-Behindertenrechtskonvention sowie das Instrument des Gender Mainstreaming führten zu einer immer größer werdenden Komplexität der Arbeit der Beauftragten. Parallel dazu entwickelt sich die Landeshauptstadt Potsdam zur Bürgerkommune mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürger in Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse einzubeziehen und ihnen die Möglichkeit zur Mitgestaltung zu geben. Dabei agiert die Potsdamer Stadtverwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Organisationen der Stadtgesellschaft in zahlreichen institutionellen und personenbezogenen Netzwerken¹.

Dieser Wandel im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern hat auch die Aktionsräume und Handlungsroutinen der Beauftragten schrittweise erweitert und verändert. Während ab den 1990iger Jahren individuelle Hilfestellung, Unterstützung und Ombudsfunktion, auch vor dem Hintergrund einer nicht bzw. unvollständig ausgebauten Versorgungslandschaft in der Nachwendezeit, die hauptsächlichen Aufgaben waren, sehen sich die Beauftragten heute mit Anforderungen der Konzeptentwicklung und mit Strategie- und Steuerungsfragen konfrontiert. Diese werden auch politisch zunehmend stärker eingefordert (Integrationskonzept, Teilhabeplan). Übergreifendes Ziel aller Beauftragten ist es, die gesellschaftliche Gleichstellung, Integration und Teilhabe zu fördern. Im Fokus stehen dabei die Entwicklung und Fortschreibung kommunaler Gesamtstrategien zur Inklusion und Integration, die barrierefreie und interkulturelle Öffnung der Verwaltung sowie die Verbesserung der Partizipation von Einwohnerinnen und Einwohnern.

¹ wie z.B. dem Netzwerk „Älter werden in Potsdam“, „Potsdam bekennt Farbe“, „Gesunder Betrieb – Gesunde Arbeit“, „Gründerforum Potsdam“

Die nachstehende Grafik verdeutlicht die Veränderung der Aufgaben der Beauftragten seit den 1990iger Jahren.

Grafik 1: Die Aufgaben der Beauftragten im Wandel der Zeit



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, Potsdam 2014

Mit dem Wandel der Aufgaben der Beauftragten gehen auch Veränderungen in ihrer Arbeitskultur, in ihren Arbeitsbeziehungen und in ihrer Arbeitsorganisation einher.

Die gelebte Praxis in der Landeshauptstadt Potsdam zeigt, dass eine an Zielgruppen und an Defiziten orientierte Beauftragtenarbeit den demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Kommune nicht gerecht werden kann. Die parallele Bearbeitung unterschiedlicher Gleichbehandlungsstrategien, wie z.B. Gender Mainstreaming, interkulturelle Öffnung der Verwaltung oder Teilhabe von Menschen mit Behinderung wird der Heterogenität der Zielgruppen, z.B. in Bezug auf ihre soziale Lebenslage, Alter oder Bildungsgrad nicht gerecht und bestehende Schnittmengen (z.B. Behinderung und Migrationshintergrund) werden dabei zu wenig beachtet. Dies kann zu Mehrarbeit und unter Umständen auch zu Konkurrenzen führen. Notwendig sind eine verstärkte und abgestimmte Zusammenarbeit der Beauftragten untereinander und die Entwicklung gemeinsamer Ziele und Verfahrensweisen.

„**Chancengleichheit** bedeutet, dass Menschen in all ihrer tatsächlichen und zugeschriebenen Unterschiedlichkeit nicht benachteiligt werden, sondern ihren Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen realisieren können.

Vielfalt umfasst alle Menschen in all ihren Unterschiedlichkeiten in ihrem Zusammenleben mit gegenseitiger Wertschätzung und Verantwortung füreinander. Vielfalt bekräftigt die Einzigartigkeit und umfassende Verschiedenheit der Identitäten und Merkmale, die soziale

Gruppen und Gesellschaften kennzeichnen und ist untrennbar mit dem ethischen Imperativ der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten verbunden, wie sie in allgemein anerkannten internationalen Vereinbarungen festgeschrieben sind“.²

2013 kam es zur Neustrukturierung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt mit dem Ziel, eine an Chancengleichheit und Vielfalt ausgerichtete Beauftragtenarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam umzusetzen, die sich

- an der Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner und an ihrer gemeinsamen Zukunft,
- vorrangig am Individuum und weniger an Gruppen, (hat dabei aber die spezifischen Bedürfnisse von Zielgruppen im Blick),
- an den Ressourcen und Potenzialen, nicht an den Defiziten,
- an Beteiligung und Partizipation („Nicht ohne und über uns“),
- an der Förderung von Kompetenzen sowie
- an der Selbstbestimmung und Menschenwürde

orientiert.

Methodisch wird Chancengleichheit und Vielfalt

- als ein gesamtstädtisches Anliegen betrachtet und als solches, sowohl nach innen in die Verwaltung als auch nach außen in die Gesellschaft, weiter entwickelt,
- als Querschnittsaufgabe verankert, die alle Geschäfts- und Fachbereiche in der Stadtverwaltung gleichermaßen betrifft,
- mit anderen Strategien z.B. Jugendförderung, Sozialplanung, Stadtentwicklungsplanung verknüpft und in die Konzepte aller Bereiche der Verwaltung eingebettet.

² Die Definition der Begriffe Chancengleichheit und Vielfalt ist dem unveröffentlichten Manuskript des KGSt-Innovationszirkels „Chancengleichheit und Vielfalt“ entnommen.

4. LEITLINIEN MODERNER BEAUFTRAGTENARBEIT

Um Beauftragtenarbeit eine einheitliche Orientierung zu geben hat das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt „Leitlinien für eine moderne Beauftragtenarbeit“ erarbeitet. Die Leitlinien zeigen den Auftrag (Mission), die strategischen Ziele (Vision) und die Art und Weise ihrer Umsetzung (Werte), nach innen in die gesamte Verwaltung und in die Politik sowie nach außen in die Stadtgesellschaft. Damit geben die Leitlinien Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft eine einheitliche Orientierung für die Beauftragtenarbeit.

Tabelle 1: Leitlinien Moderne Beauftragtenarbeit

Moderne Beauftragtenarbeit

- Fördert Chancengleichheit und Vielfalt in der Landeshauptstadt Potsdam (sowohl nach innen in die Verwaltung als auch nach außen in die Gesellschaft).
- Beschränkt sich nicht auf gesellschaftlich benachteiligt betrachtete Gruppen, sondern geht unterschiedlichen Aspekten von Benachteiligung (Geschlecht, Alter, Herkunft, sexuelle Identität, Behinderung) gemeinsam nach.
- Schaut auf das Gesamtgeschehen in der Kommune und ist als Teil der kommunalen Gesamtentwicklung zu sehen.
- Verfolgt einen potenzial- und kompetenzorientierten Ansatz, der in der Vielfalt der Menschen eine wichtige kommunale Chance sieht.
- Berücksichtigt alle Formen von Ungleichheit und ihre Überkreuzungen (z.B. Migrantin mit häuslicher Gewalterfahrung).
- Bindet Politik, Verwaltung sowie die verschiedensten gesellschaftlichen Akteure in ihre Arbeit ein.
- Befähigt und motiviert Betroffene und ihre Selbsthilfeorganisationen zur aktiven Beteiligung an der Gestaltung ihrer Lebenswelt (Empowerment).
- Ist kooperativ, vernetzt und zielorientiert.
- Ist strategisch ausgerichtet (Integrationskonzept, Lokaler Teilhabeplan, Gleichstellungsplan).
- Orientiert sich an ihrer Wirkung (Monitoring, Evaluation).

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, Potsdam 2014

5. PRESSEARBEIT, HOMEPAGE, ERREICHBARKEIT

Die Beauftragten pflegen eine kontinuierliche und eigenständige Pressearbeit. In den Jahren 2013/2014 haben sie über **50 Pressemitteilungen** veröffentlicht, eigene **Pressekonferenzen** zu aktuellen Themen einberufen sowie **Presseinterviews** geführt. Damit wollen die Beauftragten die Öffentlichkeit informieren und für die Themen Chancengleichheit und Vielfalt sensibilisieren.

Die Homepage des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt

Die Homepage des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt wurde 2013/2014 weiterentwickelt und fortlaufend aktualisiert. Die Beauftragten laden alle Interessierten ein, unter www.potsdam.de/kategorie/chancengleichheit die Seite anzuschauen. Sie finden dort umfassende Informationen über die Arbeit der Beauftragten, Beratungs- und Kontaktadressen sowie aktuelle Informationen zum Thema Chancengleichheit und Vielfalt. Die Homepage ist mittlerweile auch in die englische Sprache übersetzt. Einige Dokumente und Einladungen werden auch in leichter Sprache angeboten, sodass sie auch Menschen mit Lernschwierigkeiten, oder Menschen, die nicht gut deutsch sprechen, lesen können.

Beratung und Erreichbarkeit für Bürger und Bürgerinnen

Bürgerinnen und Bürger hatten und haben die Möglichkeit, telefonisch oder per E-Mail den Kontakt mit allen Beauftragten aufzunehmen bzw. Anfragen zu senden. Beratungsgespräche waren und sind jederzeit unter Terminabstimmung möglich.

E-Mail: Gleichstellung@rathaus.potsdam.de
Telefon: 0331-289-1081
Adresse: Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Stadthaus/Raum 2.013 – 2.015
Friedrich-Ebert-Straße 79-81
14461 Potsdam

6. VERANSTALTUNGEN

Brandenburgische Frauenwochen 2013/2014

Die jährliche Brandenburgische Frauenwoche ist mittlerweile zum festen Bestandteil der Frauen- und gleichstellungspolitischen Arbeit in Potsdam geworden. Das Programm für Potsdam wird durch das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt koordiniert, gestaltet und veröffentlicht. 2013 stand die Brandenburgische Frauenwoche unter dem Motto „**FRAUEN-STIMMEN GEWINNEN**“ und 2014 gab es das Motto „**Gemeinsam-lebendig-Widerständig Frauengeschichte(n) 1914 bis 2014**“. Die Landeshauptstadt Potsdam präsentierte dazu in beiden Jahren ein vielseitiges und anspruchsvolles als auch lustvolles Programm.

Internationaler Frauentag am 8. März



Am Internationalen Frauentag lädt die Gleichstellungsbeauftragte traditionell zu einer Festveranstaltung ein. 2013 fand diese im Nikolausaal statt. Ca. 500 Gäste sind dieser Einladung gefolgt. Darunter waren Mitglieder des Bundestages und des Brandenburgischen Landtages sowie der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, Vertreterinnen aus unterschiedlichen Frauenorganisationen- und Selbsthilfeverbänden sowie Gewerkschaftsvertreterinnen. Das künstlerische Programm gestaltete die Potsdamer Autorin Patricia Vester, die bei ihrer Lesung von ihrem Sohn Moses Y. Vester musikalisch begleitet wurde. Der zweite Teil des Abends wurde von Nachwuchskünstlerinnen des Meisterkurses Gesang der Musikakademie Rheinsberg dargeboten. 2014 fand die Frauentagsfeier in der Waschhaus-Arena in der Schiffbauergasse statt. Die Potsdamer Schriftstellerin und Drehbuchautorin Christa Kozik hielt die Festtagsrede. Das künstlerische Programm wurde von der deutschen Popsängerin Bernadette la Hengst bestritten.



Fotos: Andre' Stiebitz

Organisiert wurden die Festveranstaltungen unter Mitwirkung des Potsdamer Autonomen Frauenzentrums, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Filmverband Land Brandenburg sowie dem Demokratischen Frauenbund Landesverband Brandenburg.

Interkulturelle Woche

Die Interkulturelle Woche sendet Jahr für Jahr wichtige Impulse über Migration und Integration in die öffentliche Diskussion und wird von der Beauftragten für Migration und Integration mitorganisiert. Ein Ziel ist das Eintreten für bessere politische und rechtliche Rahmenbedingungen des Zusammenlebens von Deutschen und Zugewanderten. Im September 2013 lautete das Motto „Wer offen ist, kann mehr erleben“. Das Jahr darauf startete die Interkulturelle Woche unter dem bundesweiten Motto „**Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern**“.

Die Eröffnung der Interkulturellen Woche begann jeweils mit der Festveranstaltung zur Verleihung des Integrationspreises der Landeshauptstadt Potsdam. Mehr als 20 vielfältige Veranstaltungen von Potsdamer Netzwerken, Institutionen und Vereinen, die sich auf dem Gebiet der Migration und Integration engagieren, wurden jährlich im Rahmen der Interkulturellen Woche den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern angeboten.

An den bundesweiten Aktivitäten der Interkulturellen Woche beteiligt sich die Landeshauptstadt Potsdam seit 1991. Die Interkulturelle Woche ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Sie wird von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Migrantenbeiräten, Integrationsbeauftragten, Vereinen und Initiativgruppen unterstützt und mitgetragen. Das Programm für Potsdam wird durch das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt koordiniert, gestaltet und veröffentlicht.



Foto: Wolfgang Beier



„Quotenkutter“ setzt ein Zeichen für Vielfalt in der Landeshauptstadt

Die Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt nehmen jedes Jahr, so auch 2013 und 2014, an den Potsdamer Wasserspielen im Luftschiffhafen teil. Die Beauftragten paddelten im sogenannten Quotenkutter mit. Der „Quotenkutter“ startete 2014 unter dem Motto „**Vielfalt in der Landeshauptstadt**“ – bunt besetzt mit Menschen mit Behinderung, Migrationshintergrund und unterschiedlicher sexueller Orientierung. Mit dem Quotenkutter

sollte gezeigt werden, dass eine Behinderung, ein Migrationshintergrund oder die sexuelle Orientierung kein Hinderungsgrund für die Teilhabe sein dürfen.

LesBiSchwule Tour 2013

Die LesBiSchwule Tour ist eine Akzeptanzkampagne für lesbische, schwule, bisexuelle und transgender (LSBT) Lebensweisen. Die Tour wird seit 1998 in der Trägerschaft des Les-BiSchwulen Aktionsbündnisses AndersARTIG Landesverband für LSBT-Menschen in Brandenburg durchgeführt. Unter dem Motto "**Brandenburg bleibt bunt!**" klären Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender Menschen (LSBT) über sexuelle Minderheiten auf und versuchen so Vorurteile gegenüber sexueller Vielfalt abzubauen und Toleranz zu schaffen. Am 24. August startete die Tour vor dem Brandenburger Tor in Potsdam. Die Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt und Gleichstellungsbeauftragte hielt zur Eröffnung der LesBiSchwulen Tour 2013 eine Rede, in der sie auf die enormen Schwierigkeiten, die lesbische und schwule Jugendliche überwinden müssen, hinwies.



7. AKTIONSTAGE

Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

In Potsdam wurde im Rahmen des Europäischen Aktionstages am 15. Mai 2013 unter dem Motto „**Ich bin entscheidend**“ auf die Belange von Menschen mit Behinderung aufmerksam gemacht. Der Tag wurde vom Potsdamer Beirat für Menschen mit Behinderung, dem Haus der Begegnung und verschiedenen Freien Trägern in Kooperation mit dem Büro für Chancengleichheit organisiert und durchgeführt. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung informierte an einem Stand alle Interessierten über das Thema Inklusion und Teilhabe.

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Am 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam macht alljährlich mit der Fahnenhissung vor dem Stadthaus auf den Aktionstag aufmerksam. 2013 und 2014 hisste die Gleichstellungsbeauftragte mit engagierten Potsdamerinnen die TERRES DES FEMMES- Fahne „**Frei leben ohne Gewalt**“ vor dem Potsdamer Stadthaus. Der von den Vereinten Nationen deklarierte Internationale Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen findet jedes Jahr statt. Hintergrund für die Entstehung des Aktionstages war die Verschleppung, Vergewaltigung und Ermordung von drei Frauen im Jahr 1960 in der Dominikanischen Republik durch Soldaten des ehemaligen Diktators Trujillo. Seit dem 25. November 1981 wird weltweit durch Aktionen, Veranstaltungen und Tagungen von Frauenprojekten und Initiativen, aber auch von staatlicher Seite zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufgerufen.



"Flagge zeigen für Tibet!"

Am 10. März 2014 hisste die Gleichstellungsbeauftragte gemeinsam mit der Tibet Initiative Deutschland e.V. vor dem Potsdamer Stadthaus die tibetische Flagge. Die Landeshauptstadt beteiligte sich damit an der bundesweiten Kampagne **"Flagge zeigen für Tibet!"** Tibet ist seit 1949/50 von China besetzt. Am 10. März 1959 erhob sich das tibetische Volk gegen die chinesische Besatzungsmacht. Tausende Tibeter versammelten sich in Lhasa, um den Dalai Lama vor der chinesischen Gefangennahme zu schützen. Der Dalai Lama musste ins Exil fliehen und der Aufstand wurde von der Volksbefreiungsarmee blutig niedergeschlagen. Mindestens 87.000 Tibeter kamen dabei ums Leben. Als Folge der anhaltenden Unterdrückung in Tibet heute, leben 150.000 der sechs Millionen Tibeter im Exil.



Europäischer Protesttag für die Gleichstellung behinderter Menschen

Am 5. Mai 2014 rief „Die Aktion Mensch“ anlässlich des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung behinderter Menschen unter dem Motto: **„Schon viel erreicht, noch viel mehr vor“**, dazu auf, für mehr Selbstbestimmung und Teilhabe zu demonstrieren. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung organisierte für Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Behinderung eine Fahrt nach Berlin, um am Protestzug teilzunehmen und sich gemeinsam für Inklusion und Barrierefreiheit einzusetzen. Insgesamt haben ca. 1.500 Menschen mit und ohne Behinderung an der Demonstration teilgenommen. Hauptforderung der Demonstrantinnen und Demonstranten war die Einführung eines umfassenden Teilhabegesetzes. In dem Gesetz soll u.a. im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention Menschen mit Behinderung unabhängig von ihrem Vermögen und Einkommen ein Anrecht auf Assistenzleistungen haben. Auch Menschen mit Behinderung haben das Recht, für die Ausbildung ihrer Kinder oder ein Auto zu sparen. Daneben muss ein umfassender Anspruch auf Assistenzleistungen gewährt werden, vom Kindergarten bis zur Assistenz von Eltern mit Behinderung.

Am 8. Mai 2014 fand unter dem gleichen Motto das Potsdamer Straßenfest für Menschen mit Behinderung vor dem Brandenburger Tor statt. Durch Informationen, in Gesprächen, Aktionen und künstlerischen Darbietungen wurde auf die Belange von Menschen mit Behinderung aufmerksam gemacht. Neben musikalischen und tänzerischen Auftritten von Künstlerinnen und Künstlern mit und ohne Behinderung gab es auch einen Rolli-Parcours, sowie ein Mobilitätstraining der Verkehrsbetriebe Potsdam.

Aktionstag „One Billion Rising“

Der Valentinstag ist nicht nur ein Tag für Verliebte. Die Gleichstellungsbeauftragte machte am 14. Februar 2013 und 2014 auf den weltweiten Aktionstag „**One Billion Rising**“ aufmerksam, der dazu aufruft, ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Jede dritte Frau wird einmal im Leben Opfer von Gewalt. Weltweit sind also rund eine Milliarde (one billion) Frauen betroffen. Die Idee von **One Billion Rising** ist, dass für jede misshandelte Frau eine Frau, ein Mann oder ein Kind in der Öffentlichkeit tanzen und protestieren soll, so die Idee von Eve Ensler. Die New Yorker Theaterautorin und Aktivistin initiierte 1998 erstmals einen Aktionstag gegen Gewalt an Frauen und wählte dafür den Valentinstag aus. Ihr Leitgedanke war, dass Frauen an diesem Tag keine Blumen bräuchten, sondern das Versprechen der Gewaltfreiheit. Auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten erhoben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Potsdamer Stadtverwaltung und tanzten am 14. Februar 2014, um gemeinsam Gerechtigkeit einzufordern. Dafür wurde die Choreografie zum One Billion Rising-Lied "**Break the Chain**" (Auf deutsch: Spreng die Fesseln) einstudiert, welche von Verwaltungsmitarbeitenden im Foyer des Rathauses aufgeführt wurde und alle herzlich einlud mitzutanzten.



Internationaler Tag der Menschenrechte

Am Internationalen Tag der Menschenrechte 2013 informierte das Team des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam die Passantinnen und Passanten in der Brandenburger Straße über die Geschichte und Bedeutung der **Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte**. Zu diesem Anlass wurden Luftballons mit den 30 Artikeln der Menschenrechte an die Vorrübergehenden verteilt. Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt erinnerte daran, dass die Menschenrechte die wichtigste Berufungsgrundlage im Kampf für die Stärkung und Durchsetzung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der ganzen Welt sind. 2014 schlossen sich Mitglieder des Bündnisses Potsdam bekannter Farbe dieser Aktion an und ließen am 10. Dezember um 13.00 Uhr als Erinnerung an den Internationalen Tag der Menschenrechte Luftballons mit den 30 Artikeln der Menschenrechte in die Luft steigen. Von 12.00 bis 13.00 Uhr informierten das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam und die Koordinierungsstelle des Bündnisses Potsdam bekannter Farbe die Passantinnen und Passanten in der Brandenburger Straße über die Geschichte und Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.



Wahlprüfsteine im Rahmen der Bundestagswahl 2013

Die Gleichstellungsbeauftragte unterstützte die bundesweite Aktion „**Gleicher Lohn und gleiche Rechte bei jeder Teilzeitarbeit**“ des Deutschen Frauenrates (DF) sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG), bei der alle Bundestagskandidierenden aufgefordert wurden, sich dem Thema Minijob anzunehmen und dazu eine Meinungsäußerung abzugeben. Die Gleichstellungsbeauftragte schrieb alle Potsdamer Bundestagskandidierenden mit der Bitte an, einen Fragebogen zum Thema Minijob auszufüllen und an die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros für eine Veröffentlichung auf deren Homepage weiterzuleiten. Zeiten des Wahlkampfes bieten eine gute Gelegenheit, Politikerinnen und Politiker zu befragen, welche Schwerpunkte sie für ihre Abgeordnetentätigkeit wählen und wie sie für die Verbesserung der Stellung der Frauen in Familie, Berufs- und Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft eintreten werden.

8. AUSSTELLUNGEN

„Kompetent, zuverlässig, engagiert im Beruf – Alleinerziehende in Brandenburg“

Unter dem Titel **„Kompetent, zuverlässig, engagiert im Beruf – Alleinerziehende in Brandenburg“** war im Januar und Februar 2014 auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten und des Brandenburger Selbsthilfevereins Alleinerziehender, Shia e.V. eine Wanderausstellung im Foyer des Rathauses zu sehen. Anhand von neun Porträts alleinerziehender Frauen und einem Mann wurde dargestellt, wie alleinerziehende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Vorgesetzte voneinander profitieren können. Darüber hinaus kamen Unternehmen zu Wort, die sich bewusst für die Einstellung und Beschäftigung von Alleinerziehenden entschieden haben. Die Gleichstellungsbeauftragte wollte mit dieser Ausstellung zum einen Arbeitgebende dafür sensibilisieren, Alleinerziehende bei der Fachkräftesicherung verstärkt anzusprechen. Andererseits sollte die Ausstellung aber auch Alleinerziehenden Mut machen, ihre beruflichen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. In der Landeshauptstadt Potsdam lebten 2014 knapp 5.000 Alleinerziehende. Die Mehrheit davon waren Frauen, neun Prozent von ihnen waren Männer.

„Frauenhandel – Ohne Glanz und Glamour“

Im März 2014 organisierte die Gleichstellungsbeauftragte die Wanderausstellung **„Ohne Glanz und Glamour – Frauenhandel und Prostitution im Zeitalter der Globalisierung“** von der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes, die im Flur des Oberbürgermeisterbereiches ausgestellt war. Auf 26 Bildtafeln zeigte die Ausstellung eindrucksvolle Fotos und Texte über das Schicksal von Frauen in der Zwangsprostitution. Im Jahr 2002 hatte die Bundesregierung die Legalisierung von Prostitution in Deutschland beschlossen. Das Gesetz war ursprünglich verabschiedet worden, um Prostituierte zu stärken. Sie sollten Arbeitsverträge bekommen und sich sozial- und krankenversichern können. Dadurch sollte die Kriminalität verringert werden. Bei der Ausstellungseröffnung machte die Gleichstellungsbeauftragte darauf aufmerksam, dass diese Ziele leider nicht erreicht wurden. Nicht einmal ein Prozent aller Prostituierten hat einen Arbeitsvertrag. Auch eine Krankenversicherung haben die wenigsten.

„Als Arbeitskraft willkommen - Vietnamesische Vertragsarbeiter in der DDR“

Auf Initiative der Beauftragten für Integration und Migration wurde vom 15. September bis 27. Oktober 2013 die Wanderausstellung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung **„Als Arbeitskraft willkommen - Vietnamesische Vertragsarbeiter in der DDR“** im Flur des Oberbürgermeisters ausgestellt. Die Ausstellung zeigte die Lebenswirklichkeit der

vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter in der DDR sowohl im Arbeitsleben als auch im Alltag. Bis 1989 bildeten die Vietnamesen mit knapp 60.000 die größte Gruppe der in der DDR lebenden ausländischen Arbeitnehmenden. Mit dem Fall der Mauer 1989 standen Tausende Vietnamesen vor der Entlassung. Nach großen Bemühungen im politischen Bereich ist es 1997 gelungen, den Aufenthalt der ehemaligen Vertragsarbeitenden der DDR zu verfestigen und frühere Aufenthaltszeiten anzuerkennen. Heute ist die vietnamesische Community die viertstärkste Gruppe der Zugewanderten - 361 der 7.275 Potsdamerinnen und Potsdamer mit ausländischem Pass hatten 2013 die vietnamesische Staatsangehörigkeit.



„Leben in Potsdam zwischen Licht und Schatten“

Mit Unterstützung der Beauftragten für Migration und Integration, in Kooperation mit dem Verein Soziale Stadt Potsdam e.V., entstand die Ausstellung von Potsdamer Asylsuchenden unter dem Titel „**Leben in Potsdam zwischen Licht und Schatten**“. Im Rahmen eines Projektes haben die Asylsuchenden aus Syrien, Somalia, dem Iran, Tschetschenien und Vietnam mit der Kamera Orte und Motive in der Stadt festgehalten, die für sie mit Licht und Schatten verbunden sind. Im Vordergrund der entstandenen Fotoausstellung standen nicht die fotografische Qualität, sondern die begleitenden Gedanken, die in der Muttersprache festgehalten und ins Deutsche übersetzt wurden. Die Ausstellung war im Flur des Oberbürgermeisters im Stadthaus vom 23. September bis 30. Oktober 2014 zu besichtigen.

9. FACHTAGUNGEN UND FACHFOREN

Forum für Menschen mit Behinderung

Das Forum für Menschen mit Behinderung ist eine öffentliche Veranstaltung, zu der der Beauftragte für Menschen mit Behinderung in der Regel zwei Mal im Jahr Menschen mit Behinderung sowie deren Angehörige und alle Interessierten einlädt. Für gehörlose Menschen werden Gebärdendolmetschende zur Verfügung gestellt.

Zum 38. Forum für Menschen mit Behinderung lud am 30. April 2013 die Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt in Vertretung des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, in den Plenarsaal der Stadtverwaltung ein. Auf Wunsch der Teilnehmenden des letzten Behindertenforums im November 2012 wurde das Schwerpunktthema **„Persönliches Budget und Assistenz“** behandelt. Mitarbeitende des Fachbereiches Soziales, Gesundheit und Umwelt informierten über das Persönliche Budget und standen dann als Gesprächspartnerinnen zur Verfügung.

Am 10. Oktober 2013 fand das 39. Forum für Menschen mit Behinderung zum Thema **„Krankenhausaufenthalte von Menschen mit Behinderung“** im Haus der Begegnung statt.

Stefan Göthling, geladener Gast und Geschäftsführer von *Mensch zuerst-Netzwerk People First Deutschland e.V.* gab eine Einführung in das Thema. In der anschließenden Diskussion tauschten die Gäste ihre Erfahrungen in den Potsdamer Krankenhäusern aus. Es wurde von vielen Barrieren für Menschen mit Behinderung berichtet. Dazu gehörten neben den baulichen Barrieren, auch Barrieren in den Köpfen des medizinischen Personals. Aus den Erfahrungen und Berichten der Betroffenen wurden Forderungen an die Potsdamer Krankenhäuser formuliert, die vom Behindertenbeirat und dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt an die hiesigen Krankenhäuser übergeben wurden.

Am 24. April 2014 fand das 40. Forum für Menschen mit Behinderung im Bürgerhaus am Schlaatz statt unter dem Thema **„Frauen-Beauftragte in Einrichtungen. Eine Idee macht Schule“**. Ricarda Kluge, Projektmitarbeiterin des Weibernetz e.V., und Frau Baier, Frauenbeauftragte in einer WfbM in Leipzig, stellten das Projekt vor. Bisher gibt es keine Frauenbeauftragte in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in Brandenburg. Vereinbart wurde, dass das Projekt im Jahr 2015 nach Brandenburg kommen soll und dass darauf hingewirkt wird, dass Frauenbeauftragte in Einrichtungen rechtlich verankert werden z.B. in der Werkstättenmitwirkungsverordnung.

Zum 41. Forum für Menschen mit Behinderung lud der Beauftragte für Menschen mit Behinderung am 11. Dezember 2014 in die DRK Behindertenwerkstätten Potsdam ein. Unter dem

Schwerpunktthema „**Menschen mit Behinderung und Politik - Ein Austausch auf Augenhöhe**“ fanden moderierte Gesprächsrunden statt, in denen Menschen mit Behinderung und deren Angehörige mit einzelnen Stadtverordneten ins Gespräch kommen konnten. Ziel war ein Austausch über die aktuelle Lebenswirklichkeit der Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Potsdam.



22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

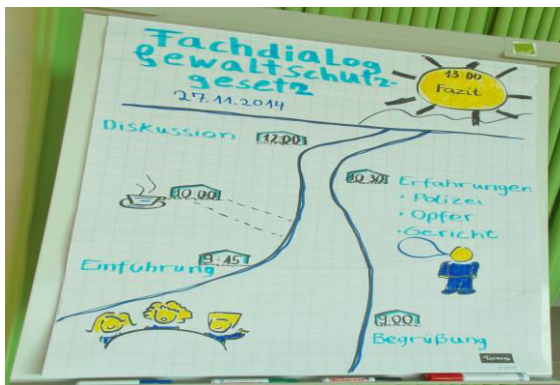
Vom 26. bis 28. Januar 2014 stand die Landeshauptstadt voll im Zeichen der Frauen- und Gleichstellungspolitik. 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind der Einladung des Oberbürgermeisters und der Gleichstellungsbeauftragten gefolgt und nahmen an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten teil. Der Kongress wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros in Kooperation mit der gastgebenden Stadt alle zwei Jahre in unterschiedlichen Städten durchgeführt. In der Bundesarbeitsgemeinschaft haben sich weibliche, hauptamtliche, kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zusammengeschlossen, um Interessen von Frauen auf Bundesebene zu vertreten. Der Kongress stand 2014 unter dem Motto „**Wirklichkeit und Visionen – Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit**“. Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten haben gemeinsame Positionen, künftige Arbeitsschwerpunkte und Forderungen in der Gleichstellungspolitik formuliert. Der Kongress begann am Sonntag, den 26. Januar 2014 mit einem Empfang der Landeshauptstadt und wurde am Montag von der Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig eröffnet. Die Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth-Koschnick hielt die Begrüßungsrede.



Fotos: Barbara Thieme

Fachdialog zum Gewaltschutzgesetz. Bilanz und Erfahrungen

Die Gleichstellungsbeauftragte organisierte am 27. November 2014 gemeinsam mit dem Arbeitskreis *Opferschutz* einen Fachdialog zum Gewaltschutzgesetz im Begegnungszentrum OSKAR. Im Jahr 2002 war das Gewaltschutzgesetz in Kraft getreten – damit wurde der Schutz vor Häuslicher Gewalt zur staatlichen Aufgabe. Ziel des Gesetzes ist u.a. ein verbesserter Opferschutz und eine konsequente strafrechtliche Verfolgung der Täter. Mit dem Fachdialog beabsichtigte die Gleichstellungsbeauftragte über das Gewaltschutzgesetz zu informieren und sich aus unterschiedlichen Perspektiven über dessen Umsetzung und Auswirkungen auszutauschen. Ziel war es auch, eine Bilanz der vergangenen 12 Jahre zu ziehen und zu klären, welche weiteren Veränderungen nötig waren, um Frauen und Kinder besser zu schützen und ihnen ein gewaltfreies Leben zu ermöglichen. Am Fachdialog nahmen 45 Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Institutionen und Einrichtungen wie z.B. Fachkräfte aus Sozial- und Erziehungsberufen und Mitarbeitende von Behörden und Polizei teil.



Informationsveranstaltung Alleinerziehend

Die Gleichstellungsbeauftragte lud im Februar 2014 alle Alleinerziehenden sowie interessierte Personen aus der Landeshauptstadt Potsdam zu einer Informationsveranstaltung ins Potsdamer Rathaus ein. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Landesverband Selbsthilfegruppen Alleinerziehender e.V. (SHIA e.V.), sowie dem Landesverband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV e.V.) und der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Bundesagentur für Arbeit statt. Die Informationsveranstaltung gab Alleinerziehenden Informationen darüber, wo sie sich Unterstützungs- und Beratungsangebote holen konnten und ermöglichte den Alleinerziehenden auch, eine Rechtsberatung durch eine Juristin in Anspruch zu nehmen. Eine Kinderbetreuung wurde angeboten. Zu der Informationsveranstaltung kamen 20 alleinerziehende Frauen. Diese äußerten auch den Wunsch nach einem Netzwerk unter Alleinerziehenden in Potsdam.

10. ARBEITSKREISE

Arbeitskreis Opferschutz

Unter der Federführung der Gleichstellungsbeauftragten tagte der Arbeitskreis Opferschutz 2013 und 2014 drei Mal jährlich. Der Arbeitskreis Opferschutz ist ein Zusammenschluss von Vereinen, Organisationen und Einrichtungen, die mit Opfern arbeiten. Ziel des Arbeitskreises ist der Informationsaustausch sowie die Gewaltprävention. Der Arbeitskreis Opferschutz organisierte am 9. Januar 2014 in der Stadtverwaltung Potsdam einen Fachvortrag zum Thema Gewaltschutzgesetz.

Arbeitskreis Alleinerziehend

Zum Thema „**Alleinerziehende mit Kindern, die eine Behinderung haben und Teilzeitausbildung für Alleinerziehende**“ lud die Gleichstellungsbeauftragte in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Selbsthilfegruppen Alleinerziehender e.V. (SHIA e.V.) im Februar 2014 zum Arbeitskreis „Alleinerziehend“ ein. Der Arbeitskreis „Alleinerziehend“ tagt je nach Bedarf. Er ist ein Zusammenschluss von Vereinen, Organisationen und Einrichtungen, die mit Familien arbeiten. Ziel des Arbeitskreises ist es, sich für die Belange Alleinerziehender einzusetzen und sich zu informieren und zu vernetzen.

Eltern Kind Büro Potsdam „Rockzipfel e.V.“

Auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten trafen sich 2014 mehrmals unterschiedliche Einrichtungen und Organisationen zur Unterstützung bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten für das Eltern-Kind-Büro „Rockzipfel“. Idee des Eltern-Kind-Büros ist, dass Mütter und Väter mit ihren Kindern, arbeiten und lernen. Das Angebot richtet sich u.a. an Selbstständige, Eltern mit Homeoffice/Telearbeit und Studierende. Ziel ist, den beruflichen Wiedereinstieg nach der Elternzeit zu erleichtern, neue Geschäftsideen oder Neuorientierung zu unterstützen sowie Kindern zusammen mit ihren Eltern Räume zu bieten. Durch die Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten konnten für die Mütter und Väter von Rockzipfel e.V. im Dezember 2014 neue Räumlichkeiten im Stadtpalais gefunden werden.

Foto: A. Klaer



ARBEITEN MIT KINDERBETREUUNG VOR ORT

Kinderbetreuung: Betreuung durch kinderliebe Mitarbeiter*innen

Gemeinschaft: Eltern & Kinder können den Alltag mit Gleichgesinnten verbringen und von der Gemeinschaft profitieren

Zeit für mich: Arbeit am PC, Internet, Näharbeiten, Lesen, Lernen, Hobbys

Familie: Du kannst arbeiten oder lernen, ohne dich von deinem Kind zu trennen!

Einrichtung: Arbeitsplätze (Internet, Strom, Telefon, Drucker), Spiel- und Schlafraum.

11. NETZWERKARBEIT / GREMIEN

Mitarbeit in den Landesarbeitsgemeinschaften der kommunalen Beauftragten

Die Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt erörtern regelmäßig auf ihren Arbeitstagungen aktuelle Themen der brandenburgischen Integrations-, Behinderten- und Gleichstellungspolitik. Sie nahmen 2013 und 2014 an diesen Treffen teil und vertraten dort die Interessen der Landeshauptstadt Potsdam. Die Beauftragte für Migration und Integration ist eine der Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten und gestaltet dort aktiv u.a. die Öffentlichkeitsarbeit der LAG mit. 2014 hat der Sprecherinnenrat der LAG die Informationsbroschüre „Migrantinnen und Migranten in unserer Kommune – Angebote / Zuständigkeiten / Handlungsempfehlungen“ erarbeitet und diese mit Förderung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg herausgegeben. Die Broschüre empfiehlt Handlungsansätze und Angebote zu einer guten Willkommenskultur beim Zuzug von Migrantinnen und Migranten vor Ort.

Beirat für Menschen mit Behinderung / Arbeitsgruppe Barcelona des Beirates für Menschen mit Behinderung

Am 15. Mai 2014 lud die Landeshauptstadt Potsdam zur Neuwahl des Beirates für Menschen mit Behinderung ins Bürgerhaus am Schlaatz ein. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung unterstützte den amtierenden Beirat bei der Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl maßgeblich.

Der Beirat für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Potsdam, tritt für die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Stadt ein. Dieser Beirat ist ein offizielles Gremium der Landeshauptstadt Potsdam und setzt sich aus fünf bis neun gewählten, stimmberechtigten Mitgliedern zusammen und wird darüber hinaus in seiner Arbeit von beratenden Personen unterstützt. Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Behindertenbeirates sind Menschen mit einer anerkannten Behinderung. Die Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung sind ehrenamtlich tätig. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung arbeitete eng mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung sowie der Arbeitsgruppe Barcelona zusammen. Der Beirat für Menschen mit Behinderung informiert den Ausschuss für Gesundheit und Soziales, die Verwaltung und die Öffentlichkeit über die Situation von Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Potsdam. Er setzt dabei auch inhaltliche Maßstäbe und wirkt damit direkt auf die Verbesserung der Lebenssituation behinderter Menschen ein. Der Beirat für Menschen mit Behinderung tagte einmal im Quartal. Die Arbeitsgruppe Barcelona bearbeitet alle Aspekte der Barrierefreiheit in Potsdam. Sie berät Mitarbeitende der Stadtverwaltung, Bauträgerinnen und Bauträger sowie Architektinnen und Architekten bei geplanten Maßnahmen und gibt ihr Votum in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung im Sinne der Betroffenen ab.



Kontakt

Beirat für Menschen mit Behinderung
der Landeshauptstadt Potsdam

Hegelallee 6-10, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 20 00 41 16

E-Mail: teilhabe@potsdam.de

Internet: www.beirat-teilhabe.de

Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung mit dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Beirat der Brandenburgischen Frauenwoche

Die Gleichstellungsbeauftragte war in den Jahren 2013/2014 von der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten delegiertes Mitglied im Beirat der Brandenburgischen Frauenwoche. In den regelmäßigen Treffen des Beirates wurde über das Motto der Brandenburgischen Frauenwoche, Themenschwerpunkte, die Planung von Veranstaltungen und Aktivitäten bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit beraten und abgestimmt.

Stadtteilräte

Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt ist beratendes Mitglied in den Stadtteilräten Schlaatz-Waldstadt sowie Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld. Die Beauftragte für Migration und Integration und der Beauftragte für Menschen mit Behinderung nahmen 2013/2014 an den Sitzungen der Stadtteilräte teil und unterstützten im Rahmen ihrer Möglichkeiten deren Arbeit.

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Die Beauftragte für Migration und Integration ist in Vertretung der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg Mitglied im Aktionsbündnis. Das Aktionsbündnis ist ein Netzwerk von landesweit tätigen Organisationen, lokalen Bündnissen und Persönlichkeiten des Landes Brandenburg, die gemeinsam für eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eintreten. Gegründet wurde das Aktionsbündnis 1997 von 29 Organisationen auf Grund einer bedrohlichen Entwicklung rechtsextremer Strukturen und Gewalttaten in Brandenburg. Inzwischen hat es 70 Mitglieder aus vielen gesellschaftlichen Bereichen und aus allen Gebieten Brandenburgs.

Arbeitsgruppe Gesundheit und Migration auf Landesebene Potsdam

Die Beauftragte für Migration und Integration vertrat 2013 die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Integrationsbeauftragten in der Arbeitsgruppe Gesundheit und Migration auf Landesebene. Unter Federführung der Abteilung Gesundheit des Ministeriums für Gesundheit und Verbraucherschutz hat sich die Arbeitsgruppe u. a. mit dem Thema von Notwendigkeit und Methoden bei der Verständigung mit Personen, die nicht deutsch sprechen, beschäftigt.

Potsdamer Fachgesprächskreis für Migration und Integration

Unter der Federführung der Beauftragten für Migration und Integration fanden 2013 und 2014 regelmäßig Fachgesprächskreise statt. Der Netzwerkplattform gehören unterschiedliche Einrichtungen an, die mit Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten, u.a. Vertreterinnen und Vertreter von Beratungsstellen, Vereinen, der Verwaltung, von Sprachkurs- und Projektträgern und des Migrantenbeirates. Ziel des Fachgesprächskreises ist es, auf Arbeitsebene über das Geschehen im Migrationsbereich gegenseitig Informationen auszutauschen bzw. bestehende Problemfelder in der Integrationsarbeit zu benennen und an deren Lösung gemeinsam zu arbeiten.

Bündnis Potsdam bekennt Farbe!

Die Beauftragte für Migration und Integration ist Mitglied im Bündnis Potsdam bekennt Farbe und nahm an den Veranstaltungen des Bündnisses teil. Das Bündnis ist ein gesamtgesellschaftliches Gremium, das durch seine Arbeit für eine weltoffene und tolerante Landeshauptstadt eintritt. Das Bündnis unterstützt das in der Landeshauptstadt Potsdam jährlich stattfindende Toleranzfest, das unter Federführung der Geschäftsstelle der Koordinierungsstelle des Bündnisses (SIKO) organisiert wird. Das Fest ist eine Initiative des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe!“ und der Landeshauptstadt Potsdam in Kooperation mit Neues Potsdamer Toleranzedikt - Gemeinsam für eine weltoffene Stadt e.V. und Soziale Stadt Potsdam e.V.. 2013 fand das 6. Toleranzfest unter dem Motto **„Scharf, süß, sauer - Toleranz mit Power“** statt. Das 7. Toleranzfest wurde am Weltkindertag, am 20. September 2014 veranstaltet, unter dem Motto **„Auch Kinder haben Rechte“**. An beiden Festen informierte die Beauftragte für Migration und Integration am gemeinsamen Bündnis-Stand zu Fragen des Integrationsprozesses in der Landeshauptstadt.



*Bündnis
Potsdam!
bekennt Farbe*

Zusammenarbeit mit dem Potsdamer Migrantenbeirat

Der Migrantenbeirat ist ein beratendes Organ der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse. Die Mitglieder des Migrantenbeirates vertreten dort die Interessen der Potsdamer Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Pass. 2014 wurde der Migrantenbeirat neu gewählt. Die Arbeit des Migrantenbeirates fördert und unterstützt die gesellschaftliche und kulturelle Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger. Die Beauftragte für Migration und Integration ist mit dem Potsdamer Migrantenbeirat sehr gut vernetzt. Sie nahm an den Sitzungen des Beirates als Gast regelmäßig teil, tauschte Informationen mit dem Beirat aus und organisierte gemeinsame Veranstaltungen.

Der neu gewählte Migrantenbeirat



Kontakt: Migrantenbeirat@Rathaus.Potsdam.de

Netzwerk Alleinerziehende in Potsdam

Am 9. April 2014 wurde auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten und dem Jugendkultur- und Familienzentrum Lindenpark das Netzwerk Alleinerziehende in Potsdam gegründet. Anlass dafür war der gezielte Wunsch nach einem Netzwerk unter Alleinerziehenden, die im Februar an einer von der Gleichstellungsbeauftragten sowie dem SHIA e.V. und VAMV e.V. initiierten Informationsveranstaltung zum Thema Alleinerziehend im Rathaus der Landeshauptstadt Potsdam teilgenommen hatten.

Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung nahm an den Sitzungen des Potsdamer Rings für Menschen mit Behinderung teil. Initiatoren und Mitgründer des Potsdamer Ring für Menschen mit Behinderung sind Träger und Schlüsselpersonen der Behindertenhilfe in Potsdam. Getragen von der Überzeugung, dass die Umsetzung der Leitziele Inklusion, Selbstbestimmung und Teilhabe für alle Menschen und damit auch für Menschen mit Behinderung gelten, bilden professionelle Dienste, Mitstreitende aus öffentlichen und privaten Unternehmen, Institutionen, Beiräte, Vereine und Verbände sowie Betroffene selbst eine gemeinsame Plattform. Die Akteurinnen und Akteure erproben und suchen individuelle wie kre-

ative Lösungen, um die Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu stärken. Es gilt Türen zu öffnen, Barrieren abzubauen, Lösungen zu finden, Unterstützung zu gewähren, Respekt zu zollen und Solidarität zu üben.

Vorbereitungsgruppe zur Verleihung des Integrationspreises der Landeshauptstadt Potsdam

Die Landeshauptstadt Potsdam verleiht seit 2005 einen eigenen Integrationspreis. 2014 wurde der Preis das 10. Mal ausgelobt. Die Beauftragte für Migration und Integration wirkt aktiv in der Vorbereitungsgruppe zur Ausschreibung und für die Vorbereitung des Festaktes für die Verleihung des Integrationspreises mit.

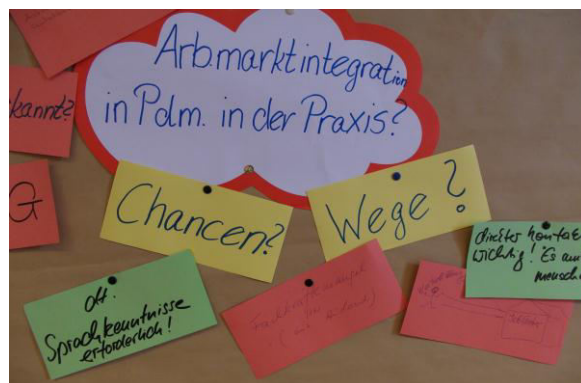


12. UMSETZUNG INTEGRATIONSKONZEPT

Das Integrationskonzept entstand 2007/2008 als gemeinsame Initiative der Potsdamer Stadtgesellschaft, der Stadtverordneten und der Verwaltung. Ziel ist die Unterstützung des Integrationsprozesses. In der Landeshauptstadt wird seitdem systematisch an der Umsetzung dieses Konzeptes gearbeitet, welches inzwischen bis 2015 fortgeschrieben wurde. In der Landeshauptstadt Potsdam leben rund 10.000 Menschen mit Migrationshintergrund und Wurzeln in über 140 Ländern. Dies bietet viel Potenzial für eine weltoffene Landeshauptstadt.

Eine Steuerungsgruppe begleitet die Umsetzung und Fortschreibung des Konzeptes. Zur Steuerungsgruppe gehören die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, der Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung, des Migrantenbeirates und migrationsrelevante Beratungsstellen. Die Beauftragte für Migration und Integration koordiniert die Steuerungsgruppe, die sich 2013 und 2014 regelmäßig traf.

Am 12. Juni 2013 lud die Beauftragte für Migration und Integration zur 5. Integrationskonferenz unter dem Motto „**Fünf Jahre Integrationskonzept der LH Potsdam - Bilanz und zukünftige Aufgaben**“ in das Potsdamer Stadthaus ein. Die Konferenz war mit ca. 100 Teilnehmenden sehr gut besucht. An acht Thementischen wurden Vorschläge und Lösungen zu unterschiedlichen Themen der Integration erarbeitet. Die Konferenzteilnehmenden sollten den Integrationsprozess bewerten und neue Ideen für die Fortschreibung des Konzeptes sammeln. Nicht zuletzt bot die Konferenz eine Plattform für den Austausch. Im Januar 2015 wird die 6. Integrationskonferenz stattfinden.



Sprachmittlerinnenpool/Sprachmittlerpool

Das Handlungsfeld „Interkulturelle Ausrichtung der Stadtverwaltung und der kommunalen Politik“ des Integrationskonzeptes enthält die Handlungsempfehlung für den Aufbau eines verwaltungsinternen Sprachmittlerinnenpools/Sprachmittlerpools. Ziel des Angebots ist die Verbesserung der Serviceangebote und der Willkommenskultur in der Landeshauptstadt.

Unter der Federführung der Beauftragten für Migration und Integration wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der die praktischen Schritte zur Einrichtung und der Arbeit des Sprachmittlerpools geklärt wurden. In der Arbeitsgruppe wirkten der Personalrat, das Personalamt, die Wirtschaftsförderung, das Bürgerservicecenter, der Bereich Statistik sowie das Service Center 115 mit. Weiterhin wurden die Fachbereichsleiterin Recht, Personal und Organisation und der Datenschutzbeauftragter beteiligt.

Als Ergebnis des Prozesses meldeten sich zur freiwilligen Arbeit im verwaltungsinternen Sprachmittlerpool 52 Kolleginnen und Kollegen, mit folgenden Sprachkompetenzen: Albanisch, Dari / Persisch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Jiddisch, Norwegisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, Tschechisch, Ukrainisch und Ungarisch. Die Vermittlung der Übersetzungsaufträge erfolgt durch das Service Center 115.



13. UMSETZUNG LOKALER TEILHABEPLAN

Am 3. November 2010 beschlossen die Potsdamer Stadtverordneten „auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention und dem erstellten Lokalen Teilhabeplan des Landes Brandenburg einen **Lokalen Teilhabeplan für die Landeshauptstadt Potsdam** aufzustellen“ (10/SVV/0759). Unter der Federführung der Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt und Gleichstellungsbeauftragten wurde in einem inklusiven Werkstattverfahren der Lokale Teilhabeplan erarbeitet. Anfang 2013 wurde der Lokale Teilhabeplan der Öffentlichkeit vorgestellt und auch in **Leichter Sprache** veröffentlicht. Insgesamt haben die fünf Arbeitsgruppen über **180 konkrete Maßnahmen im Konsens formuliert**. Handlungsfeldübergreifend standen in allen Arbeitsgruppen zwei wesentliche Forderungen³:

Tabelle 2: Forderungen aus dem inklusiven Werkstattverfahren Lokaler Teilhabeplan

- Die Stadtgesellschaft sollte mehr Sensibilität für die Belange von Menschen mit Behinderung entwickeln.
- In der Landeshauptstadt Potsdam sollte ein umfassender Ausbau der Barrierefreiheit in all ihren Dimensionen erfolgen.

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, 2012

Für die Steuerung und Koordination der Umsetzung der Maßnahmen und Ziele des Lokalen Teilhabeplans wurde Ende 2013 ein Inklusionsgremium gebildet. Dieses setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung, Fraktionen, Beiräte, Landesbehindertenbeirat und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft zusammen. Das Inklusionsgremium koordiniert sämtliche Fragen und Schritte, die der Umsetzung des Teilhabeplans dienen. Insbesondere ist das Inklusionsgremium zuständig für:

- Koordinierung der Arbeitsschritte
- Sicherstellung der Informationen sowie
- Zusammenarbeit mit den jeweiligen Akteurinnen und Akteure innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung.

Die Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt sind für die Leitung und Moderation des Inklusionsgremiums verantwortlich. Unterstützt wurden sie dabei von einer Master Studierenden der Steinbeis-Hochschule Berlin SHB. In 2014 fanden drei Treffen statt. Unter Federführung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt wurde ein Verfahren entwickelt, um die im Teilhabeplan formulierten 180 Maßnahmen zu priorisieren, da nicht alle

³ Vgl.: Landeshauptstadt Potsdam, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt: Teilhabe für Alle! Lokaler Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam 2012, Potsdam 12. Dezember 2012.

Maßnahmen gleichzeitig umgesetzt werden konnten. 59 Maßnahmen wurden als prioritär eingestuft. Positiverweise zeigte sich, dass von den 59 Maßnahmen bereits 32 Maßnahmen schon begonnen waren.

Zurzeit erfolgt eine Evaluation der Maßnahmen mit dem Ziel, den Stand der Umsetzung darzustellen und zu konkretisieren sowie zur Finanzierung Aussagen zu treffen. Der Evaluationsbericht erfolgt im 2.Quartal 2015.



14. POLITISCHE ZUSAMMENARBEIT

Report der Beauftragten für Migration und Integration

Die Beauftragte für Migration und Integration hielt im September 2013 und im September 2014 ihren Report vor den Stadtverordneten und stellte dar, welche Themen sie aktuell bewegen und wo sie die Schwerpunkte der Integrationsarbeit in Potsdam sieht.

Politische Fraktionen

Im September und Oktober 2013 boten die drei Beauftragten allen politischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung an, ihnen ihre Arbeit und aktuellen Projekte intensiver vorzustellen. Alle Fraktionen nahmen dieses Angebot wahr und luden die Beauftragten zu ihren Fraktionssitzungen ein.

Einführung Stadtverordnete

Am 29. Oktober 2014 stellte die Gleichstellungsbeauftragte, in einer Einführungsveranstaltung für die neu gewählten Stadtverordneten, die Arbeit der Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt vor.

Politische Gremienarbeit

Die drei Beauftragten waren 2013/2014 regelmäßig Gast im Ausschuss für Soziales und Gesundheit und besuchten je nach Bedarf weitere politische Ausschüsse. Sie informierten die politischen Gremien über relevante Ergebnisse ihrer Arbeit wie z.B. die Umsetzung des Lokalen Teilhabeplans oder des Integrationskonzeptes. Sie ergriffen aber auch Partei für integrations- und inklusionsrelevante politische Vorhaben in der Landeshauptstadt. Die Beauftragten standen den politischen Vertreterinnen und Vertretern zu allen Maßnahmen, Programmen und Initiativen unter integrations-, inklusions- und chancengerechten Aspekten zur Verfügung.

Report

Die Beauftragten halten einmal jährlich einen Report im politischen Jahreskontext vor der Stadtverordnetenversammlung. Die Beauftragten stellen in ihrem Report die Lebenslagen der spezifischen Zielgruppen dar und geben eine Bewertung vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung. Die Beauftragte für Migration und Integration hielt im September 2013 und im September 2014 ihren Report vor den Stadtverordneten. Aufgrund der personellen Situation im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt in den Jahren 2013/2014 war es nicht möglich, dass die Gleichstellungsbeauftragte sowie der Beauftragter für Menschen mit Behinderung ihren Report hielten.

15. MITWIRKUNG BEI ARBEITSVORHABEN DER VERWALTUNG

Leitlinien geschlechtergerechter Arbeit in der Jugendhilfe

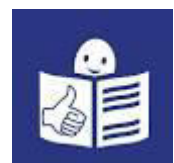
Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam beauftragte 2011 den Oberbürgermeister „Grundsätze bzw. Leitlinien für die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen, sowie mit Jungen und jungen Männern zur Beschlussfassung vorzulegen“. Alle Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe benötigen fachliche Standards für eine geschlechtergerechte Pädagogik, so wie sie im Sozialgesetzbuch VIII verankert sind. Unter der Federführung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie erarbeitete eine Arbeitsgruppe die Leitlinien zur geschlechtergerechten Arbeit in der Jugendhilfe, die im Februar 2014 veröffentlicht wurden. Die Gleichstellungsbeauftragte arbeitete aktiv in dieser Arbeitsgruppe mit.

Förderung Freier Träger im Gesundheits- und Sozialbereich

Gemäß der „Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgerischer Angebote“ ist die Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt Arbeitsgruppenmitglied zur Bewertung von Projektanträgen. Für die Förderjahre 2014 und 2015 nahm sie an den Arbeitsgruppensitzungen teil und bewertete die eingereichten Projektanträge. Die Arbeitsgruppe wird vom Fachbereich Gesundheit und Soziales geleitet. Ihr gehören Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung an.

AG Öffentlichkeitsarbeit

Kommunikation ist ein Hauptpfeiler umfassender Barrierefreiheit und kann bei entsprechender Gestaltung und Nutzung wesentliche Barrieren für Menschen mit Behinderung sehr einfach überwinden. Dazu gehört auch die vermehrte Nutzung von Leichter Sprache. Sie erleichtert vielen Bürgerinnen und Bürgern das Verständnis, vor allem kognitiv eingeschränkten Personen, Migrantinnen und Migranten sowie älteren Menschen. Unter der Federführung des Bereiches Marketing gibt es in der Stadtverwaltung die Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“. Die Arbeitsgruppe ist ein Zusammenschluss von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die die Themen Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen in ihren Bereichen betreuen. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen hat nahm an den Sitzungen regelmäßig teil und stellte auch die Leichte Sprache vor. Als ein Ergebnis wurde zum ersten Mal der Fragebogen zum Bürgerhaushalt in Leichter Sprache übersetzt.



Projekt „Gewaltfreie Pflege“

Das Projekt „Gewaltfreie Pflege“ hat zum Ziel, in der Landeshauptstadt Potsdam die Voraussetzungen zu schaffen, um der Gewalt gegenüber älteren und pflegebedürftigen Menschen mit einem systematischen Präventionsansatz zu begegnen. Ziel ist es, die Empfehlungen aus dem vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) europäischen MILCEA_Projekt zur Prävention von Gewalt gegen ältere und pflegebedürftige Menschen auf kommunaler Ebene umzusetzen. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung nahm an den Sitzungen des Steuerungskreises teil, da auch oft Menschen mit Behinderung von Familienangehörigen gepflegt und zum Teil auch Gewalt erleben müssen wie repräsentative Untersuchungen zeigen (vgl. Studie Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Deutschland 2013).

Arbeitsgruppe „Potsdam Welcome Center“

Im Zuge des Fortschreibungsprozesses des Integrationskonzeptes wurden dessen Handlungsfelder mit den Themen „Ethnische Ökonomie“ und „Potsdam als internationaler Wissenschaftsstandort“ erweitert. Denn die Auswirkungen des demografischen Wandels haben auch Potsdam erreicht: Es gibt einen Mangel an Auszubildenden und es fehlen qualifizierte Fachkräfte in unterschiedlichen Berufszweigen.

Die Beauftragte für Migration und Integration arbeitete aktiv in der Arbeitsgruppe für die Umsetzung der im Handlungsfeld „Potsdam als internationaler Wissenschaftsstandort“ des Integrationskonzeptes formulierten Zielsetzungen mit. Für das Erreichen der Ziele

- Sicherung des langfristigen Bestehens des Welcome Center und
- Stärkung des Servicecharakters der Ausländerbehörde

wurden in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Bereich Wirtschaftsförderung (Federführung), Bereich Bürgerservice, Welcome Center der Universität Potsdam, dem Verein Demokratie und Integration Brandenburg RAA e.V., der IHK Potsdam und der Zukunftsagentur Brandenburg – gute Beispiele und Ideen gesammelt. So hat diese Arbeitsgruppe im Hamburg Welcome Center vor Ort einen fachlichen Austausch organisiert.



Quelle: debattiersalon.de

Lenkungsgruppe bei der Begleitung des Modellprojektes „Ausländerbehörden – Willkommensbehörden“

Das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam hält im Handlungsfeld „Interkulturelle Ausrichtung der Stadtverwaltung und der kommunalen Politik“ mit Blick auf die Serviceangebote und Willkommenskultur der Landeshauptstadt u.a. folgendes Ziel fest:

- Die Willkommenskultur der Stadtverwaltung soll gestärkt werden: mit Offenheit, Freundlichkeit, Auftreten mit interkultureller Kompetenz - in allen Ämtern mit Kundenverkehr.

Die Ausländerbehörde der Landeshauptstadt Potsdam hatte sich im Frühjahr 2013 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge um die Teilnahme am bundesweiten Modellprojekt „Ausländerbehörden – Willkommensbehörden“ beworben und wurde als eine von zehn Städten deutschlandweit für die Projektdurchführung ausgewählt. Zwei Jahre lang, beginnend ab Oktober 2013, begleitet nun das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Potsdamer Ausländerbehörde auf dem Weg zu einem Servicecenter „**Willkommensbehörde**“. Unterstützt wird das Projekt im Auftrag des BAMF durch einen externen Projektträger. Weiterhin steht dem Projekt eine verwaltungsinterne Lenkungsgruppe zur Seite, in der auch die Beauftragte für Migration und Integration Mitglied ist.

"Die Landeshauptstadt möchte dem Anspruch - Ausländerbehörden sind Willkommensbehörden! - gerecht werden. Die Wertschätzung kultureller Vielfalt und der respektvolle Umgang mit allen Potsdamerinnen und Potsdamern ist uns ein besonderes Anliegen. Die Ausländerbehörde soll ein integraler Bestandteil der Willkommenskultur in der Landeshauptstadt Potsdam werden"
(Jann Jakobs)

Standortsuche und Trägerauswahl für Unterkünfte von Asylsuchenden

Die Zahl der Geflüchteten, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, steigt in den letzten Jahren stetig. So musste auch die Landeshauptstadt Potsdam von Jahr zu Jahr mehr Asylsuchende aufnehmen. Die Verwaltung ist sehr intensiv damit beschäftigt, geeignete Standorte für die Unterbringungsmöglichkeiten von Flüchtlingen zu sichern. Grundsätzlich verfolgt die Landeshauptstadt Potsdam das Ziel, Asylsuchenden und geduldeten Personen wohnungsähnliche Unterbringungsmöglichkeiten mit geeigneter sozialer und kultureller Infrastruktur im Wohnumfeld anzubieten. Die Beauftragte für Migration und Integration ist Mitglied

der Jury, die die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung für die Meinungsbildung zu Standortvorschlägen der Verwaltung für Asylunterkünfte eingerichtet hat. Weiterhin wirkt die Beauftragte im Auswahlverfahren für die Träger der Asylunterkünfte mit.

Netzwerk für Medienbildung

Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt beteiligte sich 2014 an den Gründungsveranstaltungen eines Potsdamer Netzwerkes für Medienbildung. In Federführung der Stadt- und Landesbibliothek im Bildungsforum und der Potsdamer Medienwerkstatt wird der Aufbau eines Netzwerkes für Medienbildung koordiniert.

Grafik 3: Herausforderungen der „Digitalen Gesellschaft“

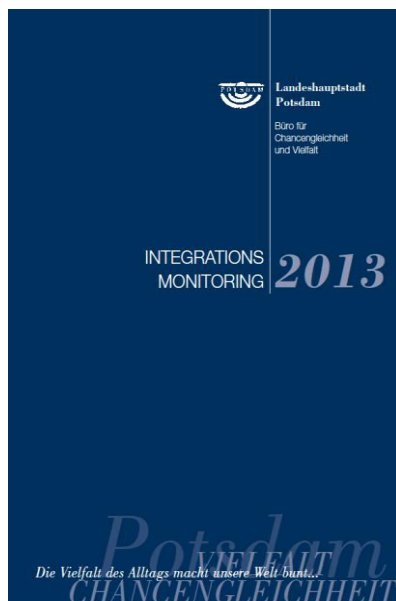


Quelle: Auszug aus dem Sitzungsprotokoll v. 21.5.2014, erstellt durch Charlotte Große

16. VERÖFFENTLICHUNGEN

Integrationsmonitoring

Das Integrationsmonitoring dient für strategische Entscheidungen in der Potsdamer Integrationsarbeit. Einen aktuellen Blick auf Integrationsprozesse bietet das Integrationsmonitoring 2013, das durch die Master-Studierende-Mitarbeiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt – in Zusammenarbeit mit Bereich Statistik, Jugendamt und der Fachstelle Gesunde Landeshauptstadt – erstellt wurde. Der Bericht enthält Daten zu den Feldern rechtliche Integration, Bildung, Arbeit und Wirtschaft, soziale Sicherung, Wohnen, Sprache, Gesundheit, soziale Integration, gesellschaftliche und politische Teilhabe sowie Sicherheit. Der Bericht bedient alle Handlungsfelder der Integrationsmonitoring-Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) mit Zahlen. Darüber hinaus konnten zusätzliche Daten aus dem Bereich Gesundheit aufgenommen werden. Die insgesamt 28 Kennzahlen geben über die Entwicklung von Integrationsprozessen im Zeitraum 2010 bis 2012 Auskunft und können somit aufzeigen, wo es Fortschritte oder Handlungsbedarfe gibt.



Integrationsmonitoring

„Um eine erfolgreiche Integration vom Zufall zu befreien, ist es unabdingbar den Erfolg bzw. den Misserfolg kommunaler Integrationspolitik feststellbar, nachvollziehbar und bewertbar zu machen.

Das Instrument „Integrationsmonitoring“ ermöglicht es, den Integrationsprozess laufend mit Hilfe zu verschiedenen Zeitpunkten erhobener Zahlen und Daten zu beobachten.

Für die Integrationspolitik stellt dieses Instrument demnach einen großen Nutzen dar, da Trends erkannt und aufgedeckt werden können.

Zielkorrekturen werden ermöglicht und es gibt eine objektive Entscheidungsgrundlage für die Initiierung neuer Integrationsmaßnahmen.“⁴

⁴ Landeshauptstadt Potsdam, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt: Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam 2013, S. 4. Potsdam, 24. Januar 2012.

17. INTERNE GLEICHSTELLUNGSARBEIT

Die Gleichstellungsbeauftragte setzt sich in der Landeshauptstadt für die aktive Gestaltung von Chancengleichheit und Vielfalt und die im Grundgesetz verankerte Gleichstellung ein. Sie deckt bestehende Nachteile auf und entwickelt Lösungsvorschläge und Maßnahmen, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebens- und Arbeitsbereichen zu fördern. Zu ihrem Wirkungskreis gehören alle Einwohnerinnen und Einwohner der Landeshauptstadt Potsdam. Gleichzeitig nimmt die Gleichstellungsbeauftragte in der Stadtverwaltung die Aufgaben der **behördlichen Gleichstellungsbeauftragten** nach dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG), dem § 18 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf.) sowie der Dienstordnung für die Gleichstellungsbeauftragte wahr. In dieser Funktion wirkte sie 2013/2014 in unterschiedlichen Stellenbesetzungsverfahren der Stadtverwaltung mit und nahm an Vorstellungsgesprächen teil. Sie beriet Mitarbeitende bei Bewerbungen bzw. Karriereplanung sowie bei Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Außerdem unterstützte sie betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei allen Formen von Diskriminierung, sexueller Belästigung, Gewalt und Mobbing und führte Mediationsgespräche zwischen Konfliktparteien. Die Gleichstellungsbeauftragte nahm regelmäßig an den Beigeordnetenkonferenzen sowie an den Fachbereichsleitenden-Sitzungen teil und engagierte sich in den Personalentwicklungs-Workshops der Stadtverwaltung. Ihre dabei zugrunde liegende Umsetzungsstrategie war der **Gender-Mainstreaming-Ansatz**. Dabei werden die Bedürfnisse und Interessen der Frauen und Männer von Anfang an bei Planungsprozessen berücksichtigt, damit sie nicht im Nachhinein eingefordert werden müssen.

Strategie "Gender Mainstreaming"

„Geschlechtergerechtigkeit bedeutet, bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu berücksichtigen. Das Leitprinzip der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet die Politik, Entscheidungen so zu gestalten, dass sie zur Förderung einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen. Ein solches Vorgehen erhöht nicht nur die Zielgenauigkeit und Qualität politischer Maßnahmen, sondern auch die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern“.

(BMFSFJ, 9.7.2014)

18. PROJEKTE ZUR FÖRDERUNG DER CHANCENGLEICHHEIT

Dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt standen 2013 115.300 € und 2014 123.222 € für Zuwendungen an freie Träger und Vereine zur Verfügung. Es handelt sich dabei um freiwillige finanzielle Leistungen, welche die Umsetzung von Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit in der Landeshauptstadt unterstützen sollen. Die Träger und Vereine erhielten Beratung und Unterstützung bei den Anträgen auf Zuwendungen bei der Mitarbeiterin für Büro- und Projektorganisation des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt. Die Mittel wurden zur *Projektförderung* verwendet. Alle geförderten Projekte des Jahres 2013/2014 wurden als Festbetrag⁵ von der Landeshauptstadt Potsdam finanziert. Sie umfassten zweckgebundene Zuschüsse, Zuweisungen und andere nicht rückzahlbare Leistungen und Zuwendungen zur Deckung von Ausgaben für einzelne Vorhaben, die fachlich, inhaltlich und finanziell abgrenzbar waren. Grundvoraussetzung für eine Förderung war die bescheinigte Gemeinnützigkeit des Zuwendungsempfängers. Die Geldmittel wurden der Empfängerin bzw. dem Empfänger mit bestimmten Bedingungen und Auflagen zur Verfügung gestellt. Ein Anspruch der Antragstellenden auf Gewährung einer Zuwendung bestand nicht. Die Darstellung des Projektes und das Einreichen eines Konzeptes sowie eines Finanzplanes waren die Voraussetzungen für eine Förderung. Entscheidend waren die verfügbaren Haushaltsmittel und der Eigenanteil der Antragstellenden. Nach der Prüfung des Antrages wurde anhand spezifischer Kriterien entschieden, ob das Projekt förderungsfähig war.

⁵ Die Zuwendung erfolgt in Form eines festen Betrages. Dieser Betrag verbleibt auch bei Einsparungen und höheren Einnahmen in voller Höhe beim Zuwendungsempfänger; es sei denn, seine Gesamtausgaben lägen unter dem Zuwendungsbetrag.



**Landeshauptstadt
Potsdam**
Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0329

Betreff:
Report des Beauftragten für Menschen mit Behinderung

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 22.04.2015

Eingang 922: 22.04.2015

Einreicher: Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

06.05.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Report 2015 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Finanzielle Auswirkungen? Ja NeinDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

Keine

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Anlage

Report



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Büro für
Chancengleichheit
und Vielfalt

REPORT DES
BEAUFTRAGTEN FÜR MENSCHEN
MIT BEHINDERUNG

2015

Die Vielfalt des Alltags macht unsere Welt bunt...

Potsdam

CHANCENGLEICHHEIT

Report des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Stadtverordnetenversammlung am 06. Mai 2015.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete!

Seit mehr als anderthalb Jahren bin ich im Amt des Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Daher ist es nun Zeit für den ersten Report, in dem ich auf die besonderen, aktuellen Schwerpunkte in der Themenvielfalt der Inklusion in unserer Landeshauptstadt aufmerksam machen möchte.

Meinen Report fokussiere ich auf vier Themen.

Diese sind:

- Mehr Achtsamkeit in der Diskussion zu Inklusion,
- Flüchtlinge mit Behinderung,
- Umsetzung des Teilhabeplanes der Landeshauptstadt Potsdam,
- Barrierefreie Kommunikation.

Mehr Achtsamkeit in der Diskussion zu Inklusion

“Es ist normal, verschieden zu sein.” Das sagte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1993. Damit hat er vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen und Mut gemacht, Behindertenfeindlichkeit und Stigmatisierung in Deutschland zu überwinden und uns immer wieder für ein Klima von Toleranz und Akzeptanz einzusetzen. Genau diesen Appell hatte auch der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, der gestern mit dem Straßenfest in der Brandenburger Straße gelebt wurde.

In der Landeshauptstadt Potsdam leben mit steigender Tendenz etwa 21.400 Menschen mit Behinderung¹. Davon sind etwa 15.500 schwerbehindert – das sind etwa 13 % bzw. etwa 10 % der Gesamtbevölkerung Potsdam. Mit einer Behinderung geboren werden die wenigsten von ihnen. Die meisten haben die Behinderung im

¹ Stand 2013

Laufe des Lebens, zum Beispiel durch Erkrankung, im Alter oder einen Unfall, erfahren müssen. Angesichts des demografischen Wandels und steigender Lebenserwartung gehe ich davon aus, dass die Zahl der Menschen mit Behinderung auch in Zukunft in der Landeshauptstadt Potsdam weiter ansteigen wird. Umso wichtiger ist es, bei Entscheidungen der Landeshauptstadt Potsdam den Inklusions- und Vielfaltsgedanke zu berücksichtigen.

In Deutschland ist es heute noch immer nicht selbstverständlich, dass Kinder mit einer Behinderung in die gleiche Schule gehen können wie die Geschwister oder Spielgefährten ohne Behinderung, Jugendliche mit Behinderung einen Beruf erlernen oder ein Studium aufnehmen können, oder auch Erwachsene mit Behinderung eine Familie gründen können. Im Rückblick auf unsere deutsche Geschichte sollte Vielfalt und Anderssein jedoch längst zur gelebten Normalität in Deutschland gehören.

Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 hat sich Deutschland gesetzlich verpflichtet, die Selbstbestimmung, die Teilhabe und die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung umzusetzen. Die Menschenrechte sind damit vollständiger geworden. Papier ist leider geduldig. Wir können in Gesetze und Aktionspläne schreiben was wir wollen, solange wir in der Bevölkerung teilweise Vorbehalte vorfinden, die dem Papier widersprechen. Diese Barrieren in den Köpfen müssen wir auch heute noch durchbrechen. Dazu braucht es auch Ihr Engagement.

Die Würde des Menschen - egal ob behindert oder nicht - ist unantastbar und unteilbar. Menschen mit Behinderung haben die gleichen Erwartungen und Wünsche auf ein erfülltes, glückliches und selbstbestimmtes Leben wie alle anderen Menschen auch. Eine Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein und in der Vielfalt als Selbstverständlichkeit gelebt wird, ist gut für unsere Landeshauptstadt.

Die teilweise verkürzte Debatte um Inklusion auf deren finanziellen Auswirkungen beschädigt die Würde der Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen. Die Umsetzung der Grundrechte von Menschen darf nicht unter Kostenvorbehalt stehen. Menschen mit Behinderung bereichern unsere Stadt. Ich fordere deshalb von allen mehr Achtsamkeit ein. Es ist letztlich eine Haltungsfrage, ob der Mensch im

Mittelpunkt steht oder ob die vermeintlich durch ihn verursachten Kosten die Diskussion bestimmen.

Flüchtlinge mit Behinderung

Vor dem Hintergrund der zahlreichen internationalen Krisenherde nimmt auch die Zahl von Flüchtlingen mit Behinderung im Land Brandenburg und in der Landeshauptstadt Potsdam stark zu. Behinderte Flüchtlinge sind nach EU-Recht² „besonders schutzbedürftig“. In der Landeshauptstadt Potsdam werden Flüchtlinge mit Behinderung vorrangig in den Unterkünften „An der Alten Zauche“ und in der „Grotrianstraße“ untergebracht.

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über ein breites medizinisches, therapeutisches und pädagogisches Netz für Menschen mit Behinderung. Zu nennen sind als Beispiele das Oberlinhaus, Ernst-von-Bergmann Klinikum (SPZ), Frühförderstellen, Pflegedienste, I-Kitas und Selbsthilfegruppen usw. Darüber hinaus gibt es eine barrierefreie Infrastruktur (ÖPNV etc.) auf die Flüchtlinge mit Behinderung angewiesen sind, um sich hier zu integrieren (Sprachförderung etc.) und auch am Gemeinschaftsleben teilzuhaben. Deswegen sollte es das Ziel sein, dass insbesondere Flüchtlinge mit Behinderung der Landeshauptstadt Potsdam zugewiesen werden.

Die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen mit Behinderung führt aufgrund von Sonderbedarfen (Hilfsmittel wie Rollstühle, Assistenz, Pflege etc.) und auch medizinisch notwendiger Eingriffe bzw. Operationen zu vergleichsweise höheren Kosten für die Landeshauptstadt. Die Erstattungspauschale für Flüchtlinge des Landes Brandenburg deckt die genannten Kosten zurzeit nicht ab.

Ich bitte Sie daher: Nutzen Sie Ihre Verbindungen und Ihren Einfluss auf die Landespolitik und setzen Sie sich für eine entsprechende Modifizierung der Landesfinanzierung ein, die sich auch an den Bedarfen der Flüchtlinge mit Behinderung orientiert. So könnten mehr Flüchtlinge mit Behinderung von der guten Versorgungslandschaft in der Landeshauptstadt Potsdam profitieren.

² EU-Richtlinie 2013/33/EU Artikel 19 Abs. 2; alt: 2003/9/EG Artikel 15 Abs. 2

Unabhängig von der Erhöhung der Pauschale kommen heute und zukünftig Flüchtlinge mit Behinderung in die Landeshauptstadt. Bis heute konnte allen Flüchtlingen mit Behinderungen, die auf eine barrierefreie Unterbringung angewiesen waren, entsprechender Wohnraum angeboten werden.

Damit dies auch zukünftig so bleibt und Familien mit behinderten Kindern, Erwachsene mit Behinderung sowie pflegebedürftige, ältere Personen, die als Flüchtlinge nach Potsdam kommen, ihr Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe leben können, ist bei zukünftigen Flüchtlingsunterkünften auf die Barrierefreiheit im Sinne der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) zu achten.

Umsetzung des Teilhabeplanes der Landeshauptstadt Potsdam

Die Landeshauptstadt Potsdam hat mit dem Teilhabeplan 'Teilhabe für alle' Ideen entwickelt, wie die Stadt in Zukunft gestaltet sein soll, damit Menschen mit Behinderung selbstverständlich von Anfang an Teil der Potsdamer Gemeinschaft sind. 180 Maßnahmen wurden in einem inklusiven Werkstattverfahren erarbeitet. Im nächsten Schritt hat die Landeshauptstadt Potsdam diese Maßnahmen durch ein Bewertungsverfahren, an dem die Beiräte, Politik und Verwaltung mitgewirkt haben, priorisiert. Ein wichtiges Ergebnis: schon viele Maßnahmen werden bereits umgesetzt. Daran wollen wir anknüpfen und auch die restlichen Punkte angehen. Für ihre bisherige und zukünftige Mitarbeit in diesem inklusiven Prozess möchte ich heute allen meinen Dank aussprechen.

Bei grundsätzlichen Maßnahmen wie zum Beispiel, mehr Menschen mit Behinderung auf den 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln, ist die Landeshauptstadt Potsdam auch von nicht öffentlichen Firmen und Trägern abhängig. Es müssen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Menschen mit Behinderung ihren Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten können und in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarkt frei wählen und annehmen können. Größere Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam sind aufgefordert, Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu entwickeln und diese konsequent im Sinne einer verstärkten und barrierefreien Beschäftigung behinderter Menschen umzusetzen. Ziel muss es sein, dass die

Beschäftigung behinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt selbstverständlich wird und diese ihre Potentiale angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt einbringen können.

Daher auch hier meine Bitte: Werben Sie in Ihren beruflichen Netzwerken für die Erstellung von Aktionsplänen und für die Einstellung von Menschen mit Behinderung.

Barrierefreie Kommunikation

Leicht verständliche und barrierefrei zugängliche Informationsmaterialien, Antragsformulare und Bescheide erleichtern Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben. Sie sind darüber hinaus eine Serviceleistung für alle Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Potsdam. Unsere Verwaltung ist dienstleistend für die Bürgerinnen und Bürger da und muss daher für alle auch verständlich sein.

Zum Beispiel könnte durch leicht verständliche Sprache sogar der Aufwand in der Verwaltung reduziert werden, weil klare Verständlichkeit weniger Missverständnisse und Nachfragen provoziert. Auch über einfach verständliche Sprache hinaus ist die Landeshauptstadt Potsdam aufgefordert, in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern behinderungsbedingte Belange zu beachten. Menschen mit Lernschwierigkeiten benötigen beispielsweise wichtige Informationen, Formulare und Bescheide auch in ‚Leichter Sprache‘ oder Menschen mit Sehbehinderung benötigen barrierefreie PDF-Dateien für computerunterstützte Sprachprogramme, um selbstbestimmt und rechtssicher mit der Verwaltung kommunizieren oder sich informieren zu können.

In einer Arbeitsgruppe soll nun ausgelotet werden, in wieweit ‚Leichte Sprache‘ auch in Briefen, Bescheiden usw. seitens der Verwaltung Anwendung finden kann. Auch wird dieses Jahr zum ersten Mal ein Fortbildungsangebot zur ‚Leichten Sprache‘ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung angeboten. Darüber hinaus soll der Internetauftritt der Landeshauptstadt Potsdam teilweise in ‚Leichte Sprache‘ übersetzt werden. Dies sind erste wichtige Schritte, um den Prozess der barrierefreien Kommunikation in der Stadtverwaltung weiter voranzubringen.

Aber nicht nur die Verwaltung sollte leicht verständlich sein. Auch die Stadtpolitik richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Daher sollte auch dort darauf geachtet werden, dass Anträge, Entscheidungen etc. der Stadtverordnetenversammlung und Wahlprogramme oder Information der verschiedenen Parteien bzw. Wählergruppen für alle Bürgerinnen und Bürger leicht verständlich und nachvollziehbar sind. Um dies zu realisieren, braucht es auch Ihr Engagement und Ihren Willen.

Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Seit August 2014 ist der neue Beirat für Menschen mit Behinderung im Amt. Als Vorsitzende des Beirates wurde Nicole Einbeck gewählt, die an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und verschiedenen Ausschüsse teilnimmt. Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, ihr und ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern vom Beirat für ihr ehrenamtliches Engagement zu danken. Für meine Arbeit ist ein regelmäßiger, vertrauensvoller Austausch mit betroffenen Expertinnen und Experten in eigener Sache wichtig. Wir werden uns weiterhin gemeinsam für eine vielfältige, bunte Zukunft engagieren.

Auch möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei der Verwaltung zu bedanken, die dem Beirat zukünftig einen Büroraum sowie Unterstützung für den Büroalltag zur Verfügung stellt. Beides schafft Freiräume für das wichtige Engagement des Beirates.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kann nur gelingen, wenn Menschen mit Behinderung als Expertinnen und Experten in eigener Sache von Anfang an den Prozess der Umsetzung mitgestalten. Nutzen Sie für Ihre Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung die Potentiale, Ressourcen und das Engagement des Beirates im Sinne des Leitsatzes „Nicht über uns – ohne uns!“.

Zum Schluss: Blick in die Zukunft

Als Beauftragter für Menschen mit Behinderung bin ich fest davon überzeugt: Selbstbestimmtes Leben und umfassende Teilhabe aller Menschen die in unserer Landeshauptstadt Potsdam leben, wird gelingen, nicht von heute auf morgen, aber Tag für Tag ein Stück auf dem Weg zu einer Gesellschaft für alle.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür handeln, dass der Weg dorthin so kurz wie möglich ist.

Vielen Dank.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0310

öffentlich

Betreff:

Synergieeffekte beim Unterricht "Deutsch als Fremdsprache"

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 21.04.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

06.05.2015

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen ob beim Deutschunterricht in Potsdamer Willkommensklassen und dem Kurs für Zuwanderer „Deutsch als Fremdsprache“ Synergieeffekte erzielt werden können. Den zuständigen Ausschüssen ist im Juni 2015 darüber zu berichten.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Schulpflichtige sowie berufsschulpflichtige Kinder und Jugendliche werden im Rahmen der Potsdamer Willkommensklassen in „Deutsch als Fremdsprache“ unterrichtet. Die Schulen werden hierbei jedoch vor große Herausforderungen gestellt, da nicht immer ausreichend Lehrer mit einer Ausbildung Deutsch als Fremdsprache zur Verfügung stehen. Erwachsene Zuwanderer haben in Potsdam zudem die Möglichkeit entgeltfrei an einem Kurs „Deutsch als Fremdsprache“ teilzunehmen. Da es sich in vielen Fällen um Familien handelt, sind möglicherweise Synergieeffekte möglich, um das Einleben in der LHP zu erleichtern.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0345

Betreff: öffentlich
Stand der Prüfung der Einrichtung eines Kindergesundheitshauses für Potsdam

bezüglich
DS Nr.: 14/SVV/0728

Erstellungsdatum	29.04.2015
Eingang 922:	29.04.2015

Einreicher: GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Eine Zentralisierung von Gesundheitsleistungen für Kinder im Sinne eines Serviceangebotes für Familien und Alleinerziehenden ist grundsätzlich zu begrüßen. Ziel muss es hierbei sein, Leistung aus einer Hand anzubieten und hierdurch für die Betroffenen auch Wege und Zeiten zu verkürzen. Weiterhin ist eine sinnvolle Verzahnung von verschiedenen Professionen für alle Beteiligten ein Kenntnis- und Ressourcengewinn.

Auf Grund der Bandbreite und der Komplexität dieser Thematik und der bereits bestehenden vielfältigen Angebote in der Landeshauptstadt Potsdam müssen erste Überlegungen getätigt werden, welche Schwerpunkte in einem Kindergesundheitshaus gesetzt werden sollen. Hierzu können z.B. die Betreuung und Begleitung von chronisch erkrankten Kindern bzw. das Angebot der Komplexleistung Frühförderung gehören.

Erste Gespräche zwischen den Mitarbeitern des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) des Gesundheitsamtes der Landeshauptstadt Potsdam und des Sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ) des Klinikums Ernst von Bergmann Potsdam gGmbH sind bereits erfolgt. Der KJGD als ein möglicher und wichtiger Akteur setzt seinen Fokus auf die Gesundheitsvorsorge als ein Parallelangebot zur niedergelassenen und stationären Krankheitsversorgung.

Der KJGD ist in seiner Arbeitsorganisation in das Gesundheitsamt eingebunden und untersteht der fachlichen Aufsicht des Amtsarztes/der Amtsärztin. Verwaltungsmäßig bestehen je nach Fragestellung Berührungspunkte zum Sozialpsychiatrischen Dienst (Stellungnahmen, Frühförderung und oder Beratung zu speziellen Fragestellungen), zum Infektionsschutz (Blutentnahmen bei Kindern, Regelungsimpfungen in Kindereinrichtungen oder bei Kontaktpersonen gemäß Umgebungsuntersuchung).

Darüber hinaus erfolgt die Zusammenarbeit verwaltungsintern mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie zu Fragen der Kindeswohlgefährdung, der Eingliederungshilfe im Zusammenhang mit Stellungnahmen zum Frühförderbedarf, dem Staatlichen Schulamt im Rahmen von Stellungnahmen zu Schülerbeförderungen sowie Organisation der Schuleingangsuntersuchung.

Weitere Akteure könnten im Kindergesundheitshaus angesiedelt, wie z.B.:

- das Netzwerk Gesunde Kinder und Familien,
- der Familienbegrüßungsdienst,
- Frühförderstellen,
- Ergotherapeuten und Logopäden,
- Vertreter der Eingliederungshilfe,
- die Sonderpädagogische Beratungsstelle und
- das Familienzentrum Potsdam.

Auf Grund eines personellen Wechsels in der Kinder- und Jugendmedizin des Klinikums Ernst von Bergmann Potsdam ist die Bildung einer Arbeitsgruppe für Mitte 2015 geplant. In dieser Arbeitsgruppe müssen erste Synergieeffekte und die rechtlichen Rahmenbedingungen bewertet werden.

Ziel ist es ein Angebot zu schaffen, welches Familien mit kranken Kindern möglichst schnelle und kompetente Hilfe ermöglicht.